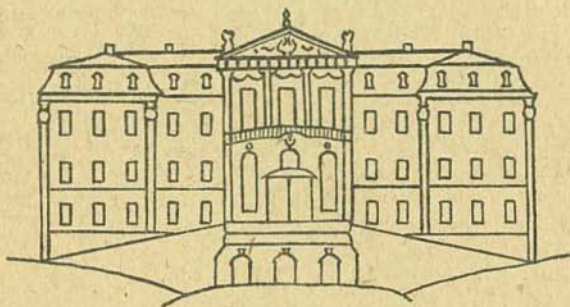


Hefte aus Burgscheidungen

Alwin Schaper

Antikommunismus -
Instrument der Kriegsvorbereitung



68

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte „Otto Nuschke“
in Verbindung mit der Parteileitung der Christlich-Demokratischen Union

In der Reihe der „Hefte aus Burgscheidungen“ sind bisher erschienen:

- *1 Günter Naundorf: Die Verwirklichung christlicher Anliegen im Sozialismus
- 2 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Ökumene und Weltfriedensbewegung
- *3 Wolfgang Fischer: Christliche und marxistische Ethik
- *4 Dr. Hanfried Müller: Der Christ in Kirche und Staat
- *5 Prof. Dr. Gerhard Kehnscherper: Die Botschaft Jesu Christi in der Begegnung mit dem religionslosen Menschen
- 6 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Auf dem Wege zur Wiedervereinigung Deutschlands
- *7 Der Mißbrauch der Religion durch den Imperialismus
- 8 Günter Wirth: „Europäische Einigung“ oder Europa des Friedens?
- *9 Der Primas der Russischen Kirche — Zum 80. Geburtstag des Patriarchen Alexius
- 10 Dr. Hanfried Müller: Die Frankfurter Theologische Erklärung der Kirchlichen Bruderschaften vom 4. Oktober 1958
- 11/12 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Berlin — nicht Frontstadt, sondern Friedensstadt
- *13 Dr. Harald-Dietrich Kühne: Die halbstaatlichen Betriebe in der Deutschen Demokratischen Republik
- *14 Günter Wirth/Christa Johannsen: Die literarische Gestaltung der christlichen Existenz im Sozialismus
- 15 Edmond Meclewski: Die polnischen Westgebiete — Eine demographische Untersuchung —
- 16 Prof. D. Dr. Johannes Leipoldt: Ewiger Friede ist keine Utopie
- 17 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: NATO — die Heilige Allianz des 20. Jahrhunderts
- 18 Hubert Faensen: Die künstlerische Gestaltung der christlichen Existenz im Sozialismus
- 19 Gertrud Illing: Der 20. Juli 1944
- 20 Gerald Götting: Die Bewährung christlicher Existenz im Aufbau des Sozialismus
- *21 Zehn Jahre Deutsche Demokratische Republik — Von der antifaschistisch-demokratischen Ordnung zum Kampf um den Sieg des Sozialismus
- 22 Zehn Jahre DDR — zehn Jahre steten wirtschaftlichen Aufstiegs
- 23 Herbert Trebs: Sozialistische Kulturrevolution und christlicher Glaube
- 24 Günter Wirth: Zur Politik der Christlich-Demokratischen Union 1945 bis 1950

Hefte aus Burgscheidungen

Alwin Schaper

Antikommunismus - Instrument der Kriegsvorbereitung

1961

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte „Otto Nuschke“
in Verbindung mit der Parteileitung der Christlich-Demokratischen Union

Inhalt

- I. An der Frucht erkennt man den Baum 5
- II. Skizzen zu einer Geschichte des Antikommunismus . 10
- III. Warntafeln für die Bundesrepublik 27
- IV. Unsere Kraft ist stärker 39

I.

An der Frucht erkennt man den Baum

(Matth. 12, 33)

Auf einem Jugendforum in Bottrop in Westfalen charakterisierte im Herbst 1961 Pfarrer Wandersleb aus Herne den militanten Antikommunismus in der Bundesrepublik als das „Schlimmste vom Schlimmen“. „Der Antikommunismus“, so erklärte er wörtlich („Neue Zeit“ Nr. 254), „führt in den sicheren Untergang. Ein Ernstnehmen der Fragen, die uns vom Osten gestellt werden, kann jedoch einen neuen Anfang bedeuten.“

Schon der Ort, an dem diese Warnung ausgesprochen wurde, ist geeignet, ihren Ernst zu unterstreichen, gehört Bottrop doch zu den Städten, die unter Hitler die Härte und den Schrecken des Krieges in vollem Umfange erfahren haben. Etwa 40 Prozent der baulichen Substanz dieser Stadt sind damals von englisch-amerikanischen Bomben vernichtet worden.

Auch in der Vergangenheit hat es an Warnungen ähnlichen Inhalts nicht gefehlt. Thomas Mann, der Dichter der „Buddenbrooks“ (1901), rief seiner Zeit das so lebendig gebliebene Wort zu: „Der Antibolschewismus ist die Grundtorheit unseres Jahrhunderts“, und sein 1950 in Kalifornien verstorbener Bruder Heinrich Mann, der Autor des „Untertan“ (1914), schrieb in seinem Buch „Ein Zeitalter wird besichtigt“ (1945): „Der Antibolschewismus ist ein Karneval. Folgt als Aschermittwoch die ‚neue Ordnung‘, ausgedrückt in Niederlagen.“

Als Grundtorheit wurde der Antikommunismus zur Quelle unheilvoller Irrtümer, zur Ursache vieler Fehlentscheidungen und damit zu einem Element der Desorientierung und der Destruktion. Wer diesem Wahn verfallen war, wurde blind und taub und unfähig zur Unterscheidung der Wirklichkeit von den Gebilden seiner erkrankten Phantasie. Die Folgen dieser Verirrungen hatten aber nicht nur die Individuen zu tragen, sondern die Völker in ihrer Gesamtheit.

Neben den Opfern der antikommunistischen Besessenheit gab es aber noch die Urheber dieser Verhetzung. Ihnen war der Antikommunismus nicht ein Irrtum, eine Torheit oder ein Wahn, sondern ein Instrument der Kriegsvorbereitung.

Die ganze Armseligkeit des Antikommunismus spiegelt sich bereits in seinem Namen wider. Das, was die Antikommun-

nisten ideologisch miteinander verbindet, ist ein Nein, die Frontstellung gegen etwas. Mit einem Gegenprogramm jedoch, weltanschaulich fundiert und die Völker ansprechend, können sie nicht aufwarten. So kann man dem Kommunismus nicht etwas Neues, Besseres entgegenstellen, sondern nur auf die alte kapitalistische Ordnung zurückweichen. Der Kapitalismus jedoch ist in den Augen der Völker diskreditiert!

Es war daher erheiternd, als im Jahre 1951 die amerikanische Zeitschrift „This Week“ den Versuch unternahm, im Wege eines Preisausschreibens zu einem neuen Namen für den Kapitalismus zu gelangen. Unter den 15 000 Vorschlägen, die dabei eingingen und die die Herausgeber zu der Bemerkung veranlaßten, noch nie hätten sie eine so innige Anteilnahme zu verzeichnen gehabt, war jedoch nicht einer, der populär geworden ist. So blieb es beim alten. Mit einer Änderung des Etiketts ist nichts zu gewinnen, wo Korrekturen in der Sache notwendig sind.

Und das um so weniger, wenn diese grundlegenden Korrekturen bereits vorgenommen worden sind. Der Weg über den Kapitalismus hinaus ist gewiesen durch das kommunistische Manifest, das Karl Marx und Friedrich Engels 1847/48 im Auftrage des Bundes der Kommunisten formulierten, und für unsere Zeit abgesteckt durch das dritte Programm der KPdSU, das im Oktober 1961 der XXII. Parteitag der KPdSU in Moskau einstimmig verabschiedet hat.

Dem Kapitalismus, soweit er sich reformfreudig geben möchte, steht seine eigene Geschichte im Wege. Versprechen können nicht mehr beeindruckend sein, weil ihnen Tatsachen entgegenstehen, die keine Propaganda rückgängig machen oder umdeuten kann.

„Was gab aber schon der Kapitalismus der Menschheit? Er läßt die Errungenschaften des schöpferischen Genius der Menschen entarten und wendet sie gegen die Menschen an. Er verwandelte die Befreiung der Atomenergie zu einer Drohung gegen die Menschheit. Jeden Schritt auf dem Wege der Anwendung einer neuen Technik richtet der Kapitalismus gegen den Menschen. Einzelne Länder sind reich durch das Elend der Völker vieler Länder. Sogar das helle Licht der Wissenschaften, um mit den Worten von Karl Marx zu sprechen, kann im Kapitalismus nur über einem finsternen Hintergrunde der Unwissenheit leuchten.“

Eine winzige Handvoll Milliardäre und Millionäre verfügt nicht nur unkontrolliert über den ganzen Reichtum der kapitalistischen Welt, sondern verwandelt auch das Leben ganzer Nationen in klingende Münze. Zu Lebzeiten einer Generation haben die Imperialisten zwei Weltkriege entfesselt. Etwa 30 Millionen Tote und Krüppel, ganz zu schweigen von der Zerstörung unschätzbare materieller Werte – das ist der Preis, den die Menschheit für die Politik des Imperialismus gezahlt hat. Nach den Berechnungen einiger Forscher betragen die Ausgaben für Kriege und Kriegsvorbereitungen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts (1900 bis 1953) in der ganzen Welt die wahrhaft astronomische Zahl von über vier Trillionen Dollar.

Wollen wir doch einmal betrachten, was mit diesen Mitteln für das Wohl des Menschen hätte getan werden können. Damit hätte man die gesamte Bevölkerung unseres Planeten ein halbes Jahrhundert lang unentgeltlich mit Brot ernähren können. Mit diesen Mitteln hätte man moderne Wohnungen für 500 Millionen Familien, das heißt für zwei Drittel der Erdbevölkerung, bauen können.“

(Aus der Rede N. S. Chruschtschows zur Begründung des neuen Parteiprogramms vor dem XXII. Parteitag der KPdSU)

Angesichts dieser Tatsachen gehen alle an den Dingen vorbei, die, wie die amerikanische Zeitschrift „Life“, der kapitalistischen Gesellschaft anklagend vorwerfen, nicht imstande zu sein, eine mächtige, operative Gruppe auf die Beine zu stellen, die ein Programm ausarbeitet, das „die Menschen für die Idee des Westens begeistert“.

Innerhalb der kapitalistischen Ordnung ist die uralte Sehnsucht der Menschheit nach Frieden, Freiheit und sozialer Gerechtigkeit, die beispielsweise im vergangenen Jahrhundert auch die christlichen Sozialreformer so stark bewegt hat, nicht zu erfüllen. Wenn so die christlichen Sozialreformer weder durch praktische Maßnahmen (Johann Hinrich Wichern zum Beispiel durch die Gründung der Inneren Mission, Adolf Stöcker durch den Zentralverein für soziale Reform, Adolf Kolping durch die Gesellenvereine) noch durch die Forderung nach einem Gesinnungswandel, ausgehend von der Unvereinbarkeit der gesellschaftlichen Zustände mit dem Gebot der christlichen Nächstenliebe (Bischof Freiherr von Ketteler, Franz von Baader und Rudolf Todt) die bürgerliche Gesellschaft umzugestalten vermochten, so haben sie uns doch über die Linderung einzelner Übel hinaus deutlich gemacht, daß ohne revolutionäre Änderungen eine Lösung der sozialen Frage nicht möglich ist.

Angesichts der Unmöglichkeit, den Kapitalismus zu reformieren, kämpft der Antikommunismus nicht mit geistigen Waffen, sondern versucht vielmehr, seine Existenz auf die Gewalt zu begründen. Der Antikommunismus argumentiert nicht, sondern verleumdet, und wo er die Macht dazu hat, unterdrückt er und praktiziert den Terror. Daher bedeutet Hitler keinen Zufall, keinen Zwischenfall in der deutschen

Geschichte, sondern nur ein äußerstes Symptom kapitalistischer Wesenheit, die Verkörperung des Antikommunismus.

Lebensgefährlich nicht nur für die Individuen, sondern für die Völker wurden die Methoden des Antikommunismus mit dem Augenblick, in dem sie sich nicht mehr nur gegen die Weltanschauung und das Leben einzelner Bürger richteten, gegen eine Minderheit in den Völkern oder gegen eine Partei, sondern gegen mächtige Staaten, die auf der Grundlage der sozialistischen Ordnung eine moralische und materielle Kraft entfaltet haben, die sie zwar nicht unangreifbar gemacht hat, aber unbesiegbar.

Antikommunismus ist für uns gewiß nichts Neues. Das Risiko aber, das damit verbunden ist, ist von Epoche zu Epoche immer nur größer geworden. Und so ist der Antikommunismus heute nicht mehr nur eine Torheit, sondern er ist zu einem Verbrechen geworden und dem Selbstmord gleichzustellen.

Der Antikommunismus der Gegenwart, dessen Zentrum die Bundesrepublik und die Vereinigten Staaten bilden, fordert jeden heraus, insbesondere auch die Menschen christlichen Glaubens. Das Wesen, die Methoden und die Resultate des Antikommunismus müßten heute jedermann bekannt sein. Am Schicksal Hitlers und Tschiang Kai-scheks hat sich erwiesen, daß Antikommunismus Krieg und Niederlage bedeutet. Andererseits zeigen der Sieg der Sowjetunion im Hitlerkrieg und der Übergang der Sowjetunion zum Kommunismus, der eingeleitet wird durch ein grandioses Programm moralischer und materieller Kraftentfaltung, daß diese neue gesellschaftliche Ordnung den Frieden und die Befreiung der schöpferischen Kräfte gewährleistet.

„Kommunismus ist eine klassenlose Gesellschaftsordnung, in der die Produktionsmittel einheitliches Volkseigentum und sämtliche Mitglieder der Gesellschaft sozial völlig gleich sein werden, in der mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auf der Grundlage der ständig fortschreitenden Wissenschaft und Technik auch die Produktivkräfte wachsen und alle Springquellen des gesellschaftlichen Reichtums voller fließen werden und wo das große Prinzip herrschen wird: ‚Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen.‘ Der Kommunismus ist eine hochorganisierte Gesellschaft freier arbeitender Menschen von hohem Bewußtsein, in der die gesellschaftliche Selbstverwaltung bestehen wird, in der die Arbeit zum Wohle der Gesellschaft zum ersten Lebensbedürfnis für alle, zur bewußt gewordenen Notwendigkeit werden und jeder seine Fähigkeiten mit dem größten Nutzen für das Volk anwenden wird.“

(Aus dem dritten Programm der KPdSU)

Damit kann in der Frage Kommunismus-Antikommunismus jedermann mitreden. Jeder kann vergleichen und urteilen, niemand kann sich mehr mit persönlicher Unwissenheit entschuldigen. Und damit ist jeder zur Entscheidung herausgefordert. Parteinahme in dieser Situation ist heute eine vordringliche Pflicht christlicher Menschen. „An der Frucht erkennt man den Baum“ (Matth. 12, 33).

Vom Kapitalismus können wir nur die Früchte erwarten, die er auch in der Vergangenheit schon gebracht hat: Wirtschaftskrisen und Kriege; das Symbol des Kommunismus sind Hammer und Sichel, die schöpferische Arbeit, die höchstentwickelte Technik, wie sie durch den Vorstoß in den Weltraum charakterisiert wird, der Kampf für Frieden und Abrüstung.

Bestimmend für unsere Entscheidung in dieser Situation ist das, was Prof. D. Emil Fuchs in seinem Buch „Christliche und marxistische Ethik – Lebenshaltung und Lebensverantwortung des Christen im Zeitalter des werdenden Sozialismus“ in die Worte gekleidet hat:

„Weil uns Jesus zum Geist der Brüderlichkeit ruft, sind wir Christen vor die unausweichliche Forderung gestellt, dem entgegenzutreten, was Menschen innerlich und äußerlich zertritt. Von da aus leiten wir nicht nur das Recht, sondern vielmehr die Verpflichtung ab, gesellschaftliche Verantwortung in tätigem Wirken beim Neubau der Gesellschaft wahrzunehmen.“

Im Einklang damit handelt jeder, der seine Kräfte dem Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik widmet und dem Antikommunismus als einer Gefahr für die Vollendung der Menschheit wehrt.

II.

Skizzen zu einer Geschichte des Antikommunismus

Die Gewalt ist stinkend geworden
(Joseph von Görres, 1776–1848)

Methodik und Grenzen des Antikommunismus

Die Geschichte des Antikommunismus beginnt zugleich mit dem Aufkommen des Kommunismus als verzerrte Widerspiegelung neuer Ideen in den Köpfen reaktionärer Feinde.

Die Kommunisten wiederholten dabei eine Erfahrung, die die Christen in ihrer eigenen Geschichte machen mußten. Denn auch der Antichrist war nach einem Wort des Papstes Gregor II. (715–731), des Förderers des Apostels der Deutschen, Bonifatius, gleichzeitig mit dem Christentum da.

Das war das erste, was die Verteidiger der kapitalistischen Ordnung den Kommunisten nachsagten: die Gleichmacherei aller Menschen, die Aufhebung allen Eigentums, die Untergrabung der Sittlichkeit, die völlige Geschlechtsfreiheit, die Zerstörung von Thron und Altar, wobei sogar die „Verzozialisierung“ aller Arbeitsmittel und die Forderung nach einem freien Unterricht in allen Lehranstalten diskriminierend vermerkt wurden.

(1928 noch hatte ein deutscher Autor, der Rankes Weltgeschichte allen zugänglich machen wollte, nur Spott dafür über, daß der Kommunismus sich „anmaße“, allen Arbeit zu geben, die Arbeit verlangen, und die mit dem Kapitalismus unzertrennlich verbundenen Sorgen um die Existenz beseitigen zu können. „Hier kann man nur sagen: Fragt mich nur nicht wie!“)

Schon auf die Verkündung des Kommunistischen Manifestes, dieser Geburtsurkunde des wissenschaftlichen Sozialismus, antwortete der kapitalistische Apparat nicht mit geistigen Argumenten, sondern mit der Gewalt. Unter Verzicht auf Versuche, die sozialistischen Gedanken und Argumente zu widerlegen, wurden die Anstrengungen vor allem darauf konzentriert, die kommunistischen Propagandisten mundtot zu machen und ihnen Existenzmöglichkeiten zu nehmen.

So hetzte man sie von Land zu Land, den Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus Karl Marx (1818–1883), der, aus Preußen, Frankreich und Belgien ausgewiesen, danach in

London ein Asyl fand, ebenso wie den „Dolmetsch des proletarischen Handwerks“, Wilhelm Weitling (1808–1871). Handwerksburschen, bei denen kommunistische Literatur gefunden wurde, wurden kurzerhand in das Gefängnis gesteckt und mit Schlägen traktiert.

Bereits in der Frühzeit des Kommunismus, „als es in der ganzen Welt kaum mehr als 300 Kommunisten gab“, zeigte sich ein Wesenszug des Antikommunismus, der ihm seitdem in allen Formen eigen geblieben ist: der Wahn, daß man den Anhängern des Kommunismus gegenüber jeder Rücksichtnahme auf Recht und Gesetz enthoben ist und nach Willkür mit ihnen verfahren kann. So rief ein Pfarrer Iskraut in der Champagne, den der utopische Sozialismus des Etienne Cabet aus dem Gleichgewicht gebracht hatte, 1833 seine Landsleute auf, die Kommunisten zu steinigen.

Das Hauptmittel aller staatsretterischen Kunst war nach einem Wort von Franz Mehring, ausgesprochen im Hinblick auf die Niederschlagung der Barrikadenkämpfe im Juli 1830 in Paris, der Terror. „Die französische Polizei warb Vagabunden, rückfällige Verbrecher, freigelassene Galeerensträflinge und ähnliches Gelichter gegen bare Zahlung an, um Attentate und Verschwörungen anzuzetteln und dabei die Menge niederzuknüppeln.“

Auf geradezu groteske Art äußerte sich die Behandlung der Kommunisten als Rechtlose in einer Änderung des Statuts der in der Schweiz bestehenden Handwerks- und Bildungsvereine des Jungen Deutschland dahin (1841), daß das Vereinsvermögen, wenn die Mehrheit sich zum Kommunismus bekennen sollte, dann der Minderheit gehören solle.

Ein erstes Beispiel einer groß aufgezogenen antikommunistischen Aktion in Deutschland bietet der Kölner Kommunistenprozeß von 1852, der von der preußischen Polizei mit gefälschten Dokumenten und falschen Aussagen gegen Mitglieder des Bundes der Kommunisten durchgeführt worden ist. Dort gelang es zwar, die Angeklagten, Mitglieder des Bundes der Kommunisten, zu verurteilen und die liberale Bourgeoisie einzuschüchtern und noch mehr vom Proletariat zu entfernen.

Gescheitert jedoch ist trotz allen Aufgebots das Hauptziel, die Unterdrückung der revolutionären Arbeiterbewegung durch den Justizapparat, der groß angelegte und von Friedrich Wilhelm IV. selbst geförderte Versuch – Karl Marx titulierte in diesem Zusammenhang den preußischen Monarchen als erlauchten Lockspitzelvater –, die Arbeiterpartei „aus der Welt zu stiebern“. Gemeint damit war das Bemühen, durch gefälschte Dokumente, die insbesondere der Polizeiaгент Stieber geliefert hatte, die kommunistische Bewegung ein für allemal zu erledigen. Mit dem Scheitern dieses Versuchs hatte die preußische Kamarilla, nachdem das zuerst

vorgelegte „Material“ vom Anklagesenat des Kölner Appellationsgerichts als nicht ausreichend zurückgewiesen worden war, auch noch eine moralische Niederlage erlebt.

In Hinblick auf das klägliche Ergebnis der Kommunistenprozesse, die mit dem Kölner Verfahren von 1852 eingeleitet wurden, jedoch nicht verhindern konnten, daß nach dem ersten Weltkrieg 62 kommunistische und Arbeiterparteien in verschiedenen Ländern entstanden sind, kann Rudolf Herrstadt in seinem Buch „Die erste Verschwörung gegen das internationale Proletariat“ mit einem Ton des Triumphes feststellen: „Das also ist aus dem Bund der Kommunisten geworden, der ersten kommunistischen Partei, für deren Unterdrückung Könige und Zaren Rittergüter und Orden verteilten.“

Den ersten Höhepunkt der unrühmlichen, an Willkür und Gewalttaten so reichen Geschichte des Antikommunismus bildet das von Bismarck am 21. Oktober 1878 dem Reichstag aufgezwungene „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“, kurz Sozialistengesetz genannt. In diesem Gesetz mit seiner Vorgeschichte, seinem Zustandekommen und seiner Wirkung haben wir ein Musterbeispiel für die Unwahrhaftigkeit und die Skrupellosigkeit der antikommunistischen Politik, zugleich aber auch ein Musterbeispiel ihrer Erfolglosigkeit.

Zum Anlaß für dieses Ausnahmegesetz nahm Bismarck das Attentat des Klempnergesellen Hödel auf Wilhelm I. am 11. Mai 1878 und den Anschlag des Dr. Nobiling, der wenige Wochen später, am 12. Juni, den Monarchen Unter den Linden mit Schrotkugeln verwundet hatte. In beiden Fällen gehörten die Attentäter weder der Sozialdemokratischen Partei an, noch waren sie von der sozialistischen Propaganda beeinflusst. Trotzdem stimmte der Reichstag nach einem ersten mißglückten Start Bismarcks dann nach dem zweiten Antrag dem erneut eingebrachten Sondergesetz zu. Von den 370 Abgeordneten, die an der Abstimmung teilnahmen, stimmten 221 für das Ausnahmegesetz.

Auf Grund des Sozialistengesetzes, das in dem gleichen Jahr 1878 erlassen wurde, in dem Bismarck auch in seiner Außenpolitik auf dem Berliner Kongreß mit unglücklicher Hand operierte und so das russische Mißtrauen gegen sich wachrief, wurden alle sozialdemokratischen, sozialistischen und kommunistischen Vereine verboten, Versammlungen, Feste und Demonstrationen untersagt; die Polizei wurde ermächtigt, Druckschriften zu beschlagnahmen, mißliebige Personen auszuweisen, Aufenthalts- und Gewerbebeschränkungen zu verhängen. Aufrührerischen Bezirken wurde der Belagerungszustand angedroht.

Zunächst auf zwei Jahre bis zum 31. März 1880 beschränkt, wurde das Sozialistengesetz schließlich über mehrere Legis-

laturperioden hinweg bis zum Jahre 1887 verlängert. Während der Geltung des Sozialistengesetzes war Bismarck bemüht, Verschärfungen durchzusetzen, Sozialisten und Kommunisten das Wahlrecht zu entziehen und andere Staaten zu veranlassen, ihm auf dem verhängnisvollen Wege zu folgen, um das Ausnahmegesetz auch international zu verankern.

Statt einer Vernichtung oder einer Schwächung der Sozialdemokratie bewirkte Bismarck mit seinem Ausnahmegesetz das direkte Gegenteil. Die Partei war in die Illegalität gedrängt – die sozialistischen Ideen aber wirkten auch während der Verfolgung weiter. Und so erhielt die Sozialdemokratische Partei, als sie nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes erstmalig wieder frei an den Reichstagswahlen teilnehmen konnte, 1890 kurz vor dem Sturz Bismarcks 1,5 Millionen Stimmen gegenüber rund 500 000 in der vorausgegangenen Wahl.

Damit war der Aufwand für die Bekämpfung der Sozialdemokratie mit all seinen Willkürakten nutzlos vertan. Die erste reichsgesetzliche Aktion gegen den Sozialismus war völlig gescheitert. Mit dem Sozialistengesetz zeigte Bismarck – der in seiner Außenpolitik realistisch das Kräfteverhältnis in Europa erkannt und daraus die Folgerung gezogen hatte, daß Deutschland einen neuen Krieg nicht mehr riskieren konnte –, daß ihm jeder Sinn für die notwendige innere Neuordnung fehlte.

Das gleiche Unvermögen war damals, und das Jahrzehnte hindurch, allen europäischen Regierungen eigen. So konnte Thiers mit Hilfe der vom kaiserlichen Deutschland freigegebenen Kriegsgefangenen die Pariser Kommune (18. März bis 28. Mai 1871) niederkartätischen, 30 000 Kommunarden ermorden, Zehntausende in die Zuchthäuser stecken und auf die Verbannungsinseln transportieren und viele Führer der ersten proletarischen Revolution fusillieren. Sie unterlag, weil sie sich noch nicht auf eine festgefügte revolutionäre Partei stützen konnte.

Sterile Köpfe, taube Ohren

Eine neue Schmutzflut antikommunistischer Propaganda und Aktion folgte der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution von 1917. Auftakt und Verlauf dieser Kampagne lassen einen zweiten Wesenszug des Antikommunismus erkennen, der ihm gleichfalls zu allen Zeiten eigen war: eine erschreckende Sterilität und eine unheilvolle Verstrickung in irrealen Vorstellungen.

Die gleichen substanzlosen Verdächtigungen, die nach 1848 dem Kommunismus und Sozialismus entgegengebracht wur-

den, als erst wenige sich über das Wesen dieser Bestrebungen klar waren, tauchten auch 1917 wieder auf und blieben auch dann noch haften, als sie von den in der Sowjetunion geschaffenen Tatsachen längst ad absurdum geführt worden waren.

Durch seine Haltung im August 1914, die Brandmarkung des ersten Weltkriegs als imperialistischen Eroberungskrieg der europäischen Großmächte und durch die Parole, den Krieg in den Bürgerkrieg umzuwandeln, um so mit dem Sturz der kapitalistischen Herrschaft zugleich die Ursachen für neue Kriege zu beseitigen, hatte sich, personifiziert in Lenin, der Kommunismus als eine Kraft des Friedens, realistisch in seinem Denken und kühn in seinem Handeln, manifestiert.

Trotzdem operierten die Antikommunisten weiterhin mit den „Argumenten“ von 1848: Nivellierung, Demoralisierung, Auflösung, Zerstörung, Phantasterei – als wäre nichts geschehen, als wären nicht Tatsachen vorhanden, die eine Neuorientierung erforderten.

Das non plus ultra antikommunistischer Verdächtigungen lieferte das Organ der Kadetten, der liberal-monarchistischen Bourgeoisie, „Retsch“, das am 17. September 1917 in gedrängter Form alles zusammenfaßte, was je von Antikommunisten in totaler Verneinung gegen den Kommunismus vorgebracht worden ist oder vorgebracht werden kann. Nach einer Verbeugung vor der Bestimmtheit und Gradlinigkeit der Politik der Bolschewisten heißt es in diesem der Welt durch Lenin erhaltenen „Dokument“:

„Aber trotz ihres ganzen rhetorischen Draufgängertums, ihrer prahlerischen Phrasen, ihres zur Schau getragenen Selbstvertrauens sind die Bolschewiki, mit Ausnahme einiger weniger Fanatiker, bloße Maulhelden. Die ganze Macht zu übernehmen würden sie aus eigenem Antrieb nicht versuchen. Desorganisatoren und Zerstörer par excellence, sind sie im Grunde Feiglinge, die sich in tiefster Seele sowohl ihrer Ignoranz als auch der Kurzlebigkeit ihrer gegenwärtigen Erfolge sehr wohl bewußt sind. Genauso gut wie wir alle verstehen auch sie, daß der erste Tag ihres endgültigen Triumphs zugleich auch der erste Tag ihres jähen Niedergangs wäre. Ihrer ganzen Natur nach verantwortungslos, ihren Methoden und Mitteln nach Anarchisten, sind sie nur als eine der Richtungen des politischen Denkens, oder richtiger als eine seiner Verirrungen, denkbar. Die beste Art, den Bolschewismus auf lange Jahre loszuwerden, sich seiner zu entledigen, wäre es, die Geschicke des Landes in die Hände seiner Führer zu legen. Und wäre nicht das Bewußtsein der Unzulässigkeit und der Verderblichkeit solcher Experimente, so könnte man sich aus Verzweiflung auch zu einem solchen heroischen Mittel entschließen. Zum Glück, wie gesagt, streben diese traurigen Helden des Tages selber in Wirklichkeit keineswegs nach der Eroberung der gesamten Macht. Zu einer konstruktiven Arbeit

sind sie unter keinen Umständen fähig. Somit beschränkt sich ihre ganze Bestimmtheit und Gradlinigkeit auf die Sphäre der politischen Tribüne, der Versammlungsphraseologie. Praktisch kann ihre Position von keinem Standpunkt aus in Rechnung gestellt werden. Übrigens, in einer Beziehung hat sie auch eine gewisse reale Wirkung: sie vereinigt alle übrigen Schattierungen des sozialistischen Denkens in der ablehnenden Haltung zu ihr...“¹⁾

Dieses „Dokument“ der Verblendung, der Unwissenheit und der Selbstüberhebung sollte man von Zeit zu Zeit immer wieder lesen, und man ist sicher vor jeder Fehleinschätzung der antikommunistischen Agitation, welcher Mittel und welcher Maskerade sie sich immer bedienen mag. Von dieser entsetzlichen Schablone sind die Antikommunisten nie wieder losgekommen. Im Vertrauen auf die selbst erfundene Kurzlebigkeit des „bolschewistischen Experiments“ vergingen ihnen die Jahre, und sie bemerkten nicht einmal, wie gewaltig sich unterdessen die Welt veränderte dank der durch die Große Sozialistische Oktoberrevolution befreiten dynamischen Schöpferkraft der Volksmassen.

Ähnlich gestimmt wie die „Retsch“-Redakteure, versicherte in den heißen Oktobertagen des Jahres 1917 ein menschewistisch organisierter Offizier dem amerikanischen Journalisten John Reed, die Bolschewisten würden sich „keine drei Tage“ halten können. Ihnen würden einfach die Leute fehlen, die sich darauf verstünden, zu regieren.

Und nicht besser war die Einsicht der Großen Vier der Versailler Friedenskonferenz, die durch ihre Unzulänglichkeit so schwere Schuld auf sich geladen haben. Nachdem der Erste Lord der britischen Admiralität, Winston Churchill, bereits im November 1918 den Sturz der Bolschewisten als eine „verhältnismäßig leichte Sache“ hingestellt hatte, ließ sich sein Regierungschef Lloyd George am 7. Mai 1919 dazu verleiten, den höchsten Teilnehmern der Versailler Friedenskonferenz den Zusammenbruch der Sowjetordnung als nahe bevorstehend anzukündigen.

Nun war zwar der von den Entente-Imperialisten organisierte Feldzug der 14 Staaten, die Intervention gegen die junge Sowjetrepublik, spätestens Ende 1920 an dem Arbeits- und Kampfelan der Erbauer des Sozialismus kläglich gescheitert – an die Möglichkeit eines „baldigen“ Zusammenbruchs aber glaubten die Imperialisten auch weiterhin, unbelehrbar selbst durch Tatsachen.

„Vor Ende dieses Jahres“, so schrieb im Sommer 1937 der Ölmagnat Sir Henry Deterding, Generaldirektor der Royal Dutch Co. und Geldgeber Hitlers, an die Londoner „Morning Post“, „wird der Bolschewismus in ganz Rußland erledigt sein, und dann wird Rußland in der ganzen Welt

¹⁾ W. I. Lenin, Werke, Band 26, Berlin 1961, S. 73

Kredit genießen und allen, die zur Mitarbeit bereit sind, seine Grenzen öffnen.“

Und diese seltsamen Vorstellungen – so betrachtete z. B. Hitler die Sowjetunion als einen „Koloß auf tönernen Füßen“ – bestanden noch fort, als die Sowjetregierung, tatkräftig unterstützt von den Arbeitern, den Bauern und der Intelligenz, ein rückständiges Agrarland in eine industrielle Weltmacht umwandelte.

In berechtigtem Stolz auf die durch die Oktoberrevolution eingeleitete Epoche gewaltiger Leistungen und in völliger Verachtung der antikommunistischen Begleitmusik konnte N. S. Chruschtschow auf dem XXII. Parteitag im Moskauer Kremlpalast erklären:

„Die Feinde stellten uns Kommunisten als Zerstörer dar, unfähig des schöpferischen Wirkens und Aufbaus. Ja, wir haben das dem Volke verhaßte Ausbeutersystem zerstört. Wir taten es jedoch, um auf einem von dem Schmutz und der Niedertracht des Kapitalismus gesäuberten Boden die neue, die gerechteste Gesellschaftsordnung – den Kommunismus – zu errichten. In die Geschichte der Menschheit sind die Kommunisten als die größte schöpferische Kraft eingegangen, die die Welt verwandelt und erneuert.“

Denn der Kommunismus in der Sowjetunion hat ein Land des Hammers und der Schubkarre, der Sichel und des Spinnrades, des Strohes und des Bastes, der Petroleumlampe und des Kienspans, der Analphabeten – von 1000 Menschen konnten im alten Rußland nur 319 lesen und schreiben – und der nationalen Unterdrückung der verschiedenen Völker umgewandelt in ein Land, das dem Krieg den Atem ausbläst, den Völkern die Fahne der Wissenschaft und des sozialen Fortschritts voranträgt und den Weg freigemacht hat in den Weltraum.

Diejenigen aber, die glauben, daran vorbeigehen und, gestützt auf alte Verleumdungen, die bereits so und so viele Male zuschanden geworden sind, dagegen ankämpfen zu können, gleichen jenem Ritter Don Quichotte auf der Einöde La Mancha, der, beim Aufkommen des Kapitalismus dem verfallenden Feudalismus anhangend, im Kampf gegen Gespenster selbst zum Gespenst geworden ist, ein Gegenstand des Gespöts und des Gelächters.

Erschreckende Erfahrungen

Die Geschichte des Antikommunismus in der Weimarer Republik beginnt nicht mit dem Pamphlet, sondern sogleich mit dem Verrat, antirevolutionären Aktionen und Mord.

Typisch für die Geisteshaltung der Feinde jeder sozialen Neuordnung ist die berüchtigte Äußerung, die der Münchener

Polizeichef Pöhner, der Chef des späteren nazistischen Innenministers Frick, im Jahre 1923 in einer Auseinandersetzung über die Lage im Lande gemacht hat. Gefragt, ob es zutrefte, daß in Bayern politische Gruppen existieren, die Morde verüben, antwortete Herr Pöhner kurz und bündig: „Ja, aber noch nicht genug!“

Die erste antikommunistische Aktion in der Weimarer Republik bestand in der gewaltsamen Unterdrückung der revolutionären Arbeiterbewegung vom 9. November 1918 und in der Überleitung der Macht von den Räten auf die Reichsregierung. Durch besondere Brutalität zeichnete sich dabei der erste Reichswehrminister der Weimarer Republik, der Sozialdemokrat Gustav Noske (1868–1946), aus, der den Matrosenaufstand in Kiel niederschlug, die revolutionäre Erhebung in Berlin unterdrückte – deswegen Bluthund genannt – und schließlich die rechtsradikalen Freikorps gegen die Arbeiter in Marsch setzte.

Einen Tag des Schreckens in diesem Drama bildet der 15. Januar 1919, an dem in Berlin Karl Liebknecht, der Mitbegründer der KPD – im Dezember 1914 mutig hervorgetreten durch die Ablehnung der Kriegskredite im Reichstag – und Rosa Luxemburg, eine tapfere Kämpferin gegen Krieg und Militarismus, durch eine Gruppe konterrevolutionärer Offiziere nach vorausgegangener offener Mordhetze niedergemacht wurden.

So sah sich die junge Republik, kaum daß sie das Licht der Welt erblickt hatte, bereits in die Verteidigung gedrängt und dabei noch durch den Antikommunismus der rechten SPD-Führung gelähmt.

Phantastisch mutet uns heute die Feststellung an, die der bekannte linksbürgerliche Journalist Theodor Wolff am 10. November 1918 im „Berliner Tageblatt“ getroffen hat: „Die größte aller Revolutionen hat wie ein plötzlich losbrechender Sturmwind das kaiserliche Regime mit allem, was oben und unten dazugehörte, gestürzt. Man kann sie die größte aller Revolutionen nennen, weil niemals eine so fest gebaute, mit so soliden Mauern umgebene Bastille so in einem Anlauf genommen worden ist.“

Acht Tage später, am 18. November 1918, mußte jedoch Rosa Luxemburg das Fazit der ersten Woche der deutschen Revolution dahin ziehen: „Im Staate der Hohenzollern hat sich im wesentlichen nichts verändert.“

Unter dem Angriff der Reaktion und in Auswirkung der eigenen schwächlichen Politik begann die „Mitte“ zu schrumpfen. Illustriert wurde das durch die Abwendung von der SPD, die im Juni 1920 nur noch die Hälfte der Stimmen auf sich vereinigte, die sie im Januar 1919 erlangt hatte, und den unheimlichen Niedergang der Deutschen Demokratischen

Partei, der, durch keinen Halt unterbrochen, sich bis 1933 in atemberaubender Stetigkeit fortgesetzt hat.

Groß war diese Partei, solange die erschrockene Bourgeoisie es für zweckmäßig erachtete, sich demokratisch zu tarnen. „Das deutsche Bürgertum“, so spottete am 13. November 1918 die weit rechts stehende „Deutsche Zeitung“, „hat sich von der Revolution vollkommen überrumpeln lassen und gleicht jetzt einem verschüchterten Hühnervolk, in das der Habicht hineingestoßen ist.“ In demselben Maße aber, in dem die Gefahr für die Bourgeoisie sich verminderte, entzog sich das Bürgertum der Mäßigung, unterstützte es die Reaktion.

Um die Anerkennung dieses Tatbestandes kommt selbst die westdeutsche Geschichtsschreibung nicht herum: „Kaum – und am allerwenigsten auf dem sozialpolitischen Gebiet – angefaßt, befand sich die deutsche Revolution bereits jetzt in voller und unaufhaltsamer Liquidierung – ein Vorgang, der sich weit rascher und ungehinderter vollziehen sollte als die gleichzeitig eingeleitete Liquidierung des Krieges“ (Schwarz).

Dem Ansturm der reaktionären Kräfte gegen die Novemberrevolution kam zustatten, daß in den nichtkommunistischen Kreisen infolge der antikommunistischen Agitation weithin das Verständnis für die Bedeutung der Entwicklung im Osten fehlte. So konnte ein linksbürgerliches Blatt die Ausweisung der russischen Gesandtschaft aus Berlin am 6. November 1918 mit der Bemerkung begleiten, man möge darin ja nicht eine reaktionäre Maßnahme erblicken. „Als Feinde und Beschützer der Bolschewisten hätten wir uns nur den Haß der Mehrheit des russischen Volkes zuziehen können.“

Der Unterdrückung der revolutionären Bewegung durch die Bourgeoisie und die rechten SPD-Führer folgte ein erneutes Aufbegehren der Reaktion, wie es sich im Kapp-Putsch am 13. März 1920 dokumentierte. Monarchisten und Junker streckten erneut die Hände nach der Macht aus und versuchten, die Republik aus den Angeln zu heben. Ihr Anschlag scheiterte jedoch an der Einheit der Arbeiterschaft, an dem von kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitern mit Unterstützung der bürgerlichen Demokraten gemeinsam durchgeführten Generalstreik, der dem reaktionären Spuk nach drei Tagen ein Ende machte.

Am Charakter der reaktionären Kräfte wurde dadurch jedoch nichts geändert. Nachdem am 26. August 1921 Matthias Erzberger – der Reaktion dadurch verhaßt, daß er am 11. November 1918 (wenn auch im Auftrage der Obersten Heeresleitung!) den Waffenstillstandsvertrag in Compiègne unterzeichnet hatte – ermordet worden war, sollte mit dem Mord an dem damaligen Reichsaußenminister Walther Rathenau am 24. Juni 1922 die Politik von

Rapallo, die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion, getroffen werden.

Der von dem damaligen Reichskanzler Joseph Wirth und Walther Rathenau am 16. April 1922 in Rapallo mit der Sowjetunion vereinbarte Vertrag – der erste selbständige außenpolitische Akt Deutschlands nach 1918 –, in dem Deutschland und die Sowjetunion auf jegliche Kriegsentschädigung verzichteten und die Wiederaufnahme diplomatischer, konsularischer und wirtschaftlicher Beziehungen regelten, bedeutete zwar keinen Übergang zu einer ausgesprochenen Ostorientierung, wohl aber eine fruchtbare Zusammenarbeit in beiderseitigem Interesse.

Für eine solche Normalisierung der beiderseitigen Beziehungen hatte sich insbesondere auch Otto Nuschke eingesetzt. Bekannt ist unseren Freunden die Rede Otto Nuschkes im Preußischen Landtag am 13. Februar 1922, in der es heißt:

„Wir haben alle Ursache, das Verhältnis zu dem großen russischen Volk so freundschaftlich wie möglich zu gestalten; denn Deutschland und Rußland sind in ihrer Erzeugung, in ihren natürlichen Reichtümern, in ihrer Produktion wie geschaffen zum wechselseitigen Austausch. Es ist nicht nur notwendig, daß wir das Handelsverhältnis vertragsmäßig festlegen, sondern man muß nach meiner Auffassung auch endlich einmal reinen Tisch machen, indem man die Sowjetregierung politisch anerkennt.“

(Otto Nuschke, Reden und Aufsätze)

Es war das Verhängnis der Weimarer Republik, daß ihre verantwortlichen Politiker, voran die rechten SPD-Führer – Meister der abgenutzten Schablone hat Otto Nuschke sie einmal genannt – ihre ganze Aktivität gegen die soziale Revolution richteten und in ihrer antikommunistischen Verblendung die wirkliche Gefahr mißachteten, die von rechts her auf die Republik zukam.

So kann heute die westdeutsche Geschichtsschreibung es der alten Sozialdemokratie als „historisches Verdienst“ anrechnen, daß sie „unter Preisgabe der eigenen Parteidoktrinen“ (Eschenburg) die soziale Revolution in Deutschland verhindert hat, was jedoch in Wahrheit ihre historische Schuld ist, eine ernste Warnung für heute!

Es war die alte SPD, die sozialdemokratischen Arbeitern, so z. B. im November 1931, nach einer Reise in die Sowjetunion mit dem Ausschluß aus der Partei drohte, die nichts dagegen einzuwenden hatte, wenn dem Italien Mussolinis ein Besuch abgestattet wurde.

So konnte der heutige indische Ministerpräsident Nehru in den Briefen, die er während der Jahre 1930 und 1933 aus

britischen Gefängnissen an seine Tochter schrieb, später zu einem Buch „Weltgeschichtliche Betrachtungen“ zusammengefaßt, die Politik der rechten SPD-Führung mit wenigen Sätzen wie folgt charakterisieren:

„Ein paar Jahre lang hatten die Sozialdemokraten die Regierung in der Hand. Sie hatten große Angst vor den alten Reaktionsären und herrschenden Schichten und versuchten stets, mit diesem zu einem Kompromiß zu kommen. In ihrer Partei, die Millionen Mitglieder zählte, besaßen sie einen ungeheuer mächtigen Apparat; sie konnten sich auf die Gewerkschaften und die Sympathie weitester Kreise stützen. Aber ihre Politik der Reaktion gegenüber war stets defensiv; aggressiv verhielten sie sich nur gegen ihren eigenen linken Flügel und die Kommunisten.“

Als bekannte Beispiele aggressiver Aktionen aus dem Geist des Antikommunismus seien hier noch die blutigen Unterdrückungsmethoden des sozialdemokratischen Oberpräsidenten der ehemaligen Provinz Sachsen, Hörsing, gegen die Arbeiter Mitteldeutschlands im März 1921 und das Verbot der 1924 gegründeten Selbstschutzorganisation, des Roten Frontkämpferbundes mit 100 000 Mitgliedern, im Jahr 1929 angeführt.

Seinen Abschluß fand der Antikommunismus in der Weimarer Republik mit der Ablehnung der von der KPD geforderten Einheitsfront der Arbeiterschaft gegen den Faschismus. Mit den rund sechs Millionen Wählern, die noch im Jahre 1932 für die KPD gestimmt hatten, hätten die beiden Arbeiterparteien der NSDAP einen starken Block entgegenstellen können. Noch im Jahre 1933, nach dem Beginn der faschistischen Herrschaft, forderte die KPD dreimal die SPD zum gemeinsamen Kampf auf, zum Generalstreik, am 1. und 14. März und am 5. Mai, nach der Zerstörung der Gewerkschaften. Die Antwort der SPD war immer nur ein Nein.

In der Gesamtbilanz gilt daher, was Hermann Matern in seinem Buch „Deutschland in der Periode der Weltwirtschaftskrise“ festgestellt hat:

„Die Grundvoraussetzung für die Verhinderung des Sieges des Faschismus in Deutschland war die Einheit der Arbeiterklasse auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes. Durch die Verräter- und Spalterpolitik der Sozialdemokratie wurde die Einheit verhindert und die Spaltung der Arbeiterklasse aufrechterhalten. Die Sozialdemokratie trägt durch ihre Politik des Klassenverrats die historische Verantwortung für den Sieg der blutigen faschistischen Diktatur in Deutschland.“

Leider haben die unheilvollen Auswirkungen des Antikommunismus in der Weimarer Republik nicht vermocht,

bei dem Wiederbeginn der politischen Arbeit im Jahre 1945 in Westdeutschland die notwendigen Korrekturen zu erzwingen.

65 Millionen Tote — eine unüberhörbare Mahnung

Eine auch nur annähernd umfassende Darstellung des Antikommunismus unter Hitler würde dicke Bücher ergeben und zu einer Chronik von Verbrechen werden, die durch ihre Zahl, ihre Ausführung und die Zahl der Menschen, die dabei Handlangerdienste geleistet haben, noch im Nacherleben in der Schrift grausig wäre.

An den Kommunisten als den ersten Opfern offenbarte Hitler das Wesen seines Systems. Spätestens mit dem Reichstagsbrand am 28. Februar 1933 und den nachfolgenden Ereignissen wurde jedermann sichtbar, was in Deutschland mit Adolf Hitler zur Macht gelangt war: ein System der Lüge und der Brutalität, belastet mit einer abschreckenden Vergangenheit, gewissenlos und verbrecherisch in seinen Zielsetzungen und Methoden.

„Die nationalsozialistische Reichsregierung“ — so umschreiben westdeutsche Historiker (Mau-Krausnick) schamhaft die Urheberschaft der Nazis bei diesem Verbrechen — „reagierte so schnell und zielsicher, als habe sie dieses Ereignis genau zu diesem Zeitpunkt erwartet. Noch in der gleichen Nacht machte die amtliche Berichterstattung die Kommunisten für den Brand verantwortlich.“

Und nun folgte eine Orgie der Gewalt, in der die Nazisten sich über jedes Recht hinwegsetzten und die Wahrheit mit Füßen traten. 4000 kommunistische Funktionäre wurden verhaftet, unter ihnen Ernst Thälmann, der dann nach elfjährigem Martyrium in Buchenwald ermordet wurde. Die Arbeiterpresse wurde verboten. Eine am nächsten Tage erlassene „Verordnung zum Schutze von Volk und Staat“ hob die verfassungsrechtlichen Garantien der persönlichen Freiheit auf und lieferte alle Bürger der Willkür Hitlers aus.

So wurden, unter Berufung auf den bereits von Brüning so sehr strapazierten Artikel 48 der Weimarer Verfassung, „zur Abwehr kommunistischer Gewaltakte“ alle Bestimmungen außer Kraft gesetzt, die die persönliche Freiheit betrafen, das Recht der freien Meinungsäußerung, die Pressefreiheit, das Vereins- und Versammlungsrecht, das Post-, Telegraphen- und Fernsprecheheimnis sowie die Unverletzlichkeit der Wohnung und des Eigentums. Für Zuwiderhandlungen wurden in dieser Verordnung in einem bisher unbekanntem Maße Todesstrafen und schwere Zuchthausstrafen angedroht. Diese Verordnung, die am 23. März 1933 durch das berüch-

tigte Ermächtigungsgesetz noch untermauert wurde, ist während der gesamten Dauer der nazistischen Herrschaft in Kraft geblieben und nie gemildert worden.

Waren die Kommunisten die ersten Opfer des Antikommunismus — das formelle Verbot erfolgte aus taktischen Erwägungen erst im März 1933 nach den Reichstagswahlen, in denen immerhin noch 4,8 Millionen Wähler für die KPD stimmten —, so gesellten sich zu ihnen sehr bald auch sozialdemokratische Arbeiter und Politiker, Gewerkschafter, bürgerliche Demokraten, Laienchristen und Geistliche (insgesamt wurden nach und nach 5500 Geistliche in die KZ eingeliefert) und viele Millionen jüdischer Bürger.

Dem Verbot der KPD, deren Mandate bereits vor der Wiedereröffnung des Reichstags kassiert worden waren, im Mai 1933 folgte im Juni das Verbot der SPD. Die übrigen Parteien, die Deutschnationale Volkspartei, die Deutsche Volkspartei, das Zentrum und die Deutsche Staatspartei, als Nachfolgerin der alten Deutschen Demokratischen Partei, als deren letzter Generalsekretär Otto Nuschke tätig war, lösten sich nunmehr von selbst auf.

Alle Gewalttaten aber verhinderten nicht, daß auch Hitler den Versuch machen konnte, das Christentum für seine verbrecherische Politik zu mißbrauchen. Beispiele dafür sind die traurige Komödie der Reichstagsöffnung am 21. März 1933 in der damaligen Potsdamer Garnisonkirche und die zynische Äußerung: „Das Christentum ist die Basis unserer gesamten Moral.“

So sehr die Faschisten bemüht waren, den 30. Januar 1933 als einen Tag des Sieges hinzustellen, als einen Frühlingstag in Deutschland, — so sehr waren trotzdem alle Einsichtigen sich darin einig, daß mit dem Faschismus die Nacht über Deutschland hereingebrochen war. Denn der Prolog zum Dritten Reich war bereits in dem Hitlerputsch am 9. November 1923 in München gesprochen worden. Charakteristisch für den Nationalsozialismus war das, was darin in Erscheinung getreten ist: der Terror, die Verachtung des Volkswillens, die Fehleinschätzung der Wirklichkeit, mangelnde Konstruktionskraft, Ungeduld als Draufgängertum getarnt, — denn das hat sich in wechselnder Form stets wiederholt, im Kampf gegen das deutsche Volk ebenso wie im Kampf gegen die Welt.

Eine Ahnung dieses Tatbestandes klingt auch in dem Kommentar an, den ein bürgerliche Politiker wie Gustav Stresemann in der Sitzung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei am 18. November 1923 zu den Ereignissen in München gegeben hat. „Es ist dort“, so führte Stresemann aus, „ein Zusammenbruch von Charakteren und Persönlichkeiten erfolgt, wie ihn wohl niemand für möglich

gehalten hätte. Und welches ist der politische Schluß, den man daraus ziehen muß? Es wird der Reichsregierung immer zugerufen ‚Taten!‘ Nun, dort in München waren die ‚Tatmenschen‘. Wie soll man sich aber die Politik denken, wenn sie von solchen Tatmenschen gemacht wird.“

Heute ist diese Frage durch die Geschichte furchtbar beantwortet. Dafür drängt sich uns nun eine andere auf: Was soll man von einer Politik denken, die, wie die Konrad Adenauers, von den gleichen Grundsätzen beherrscht ist, die Hitler bestimmt haben? Das deutsche Volk kann es sich nicht leisten, abermals einer volksverderbenden Politik gegenüber jene Gleichgültigkeit und jenen „Großmut“ zu erweisen, die den Gerichtshof auszeichneten, der damals Hitler gestattete, die Rolle des Angeklagten mit der des Anklägers zu vertauschen, eines „Trommlers“, der damit Sympathie erweckte, daß er von sich behauptete: „Ich werde den Marxismus zerbrechen!“

Hinter dem Antikommunismus des Dritten Reiches erheben sich in riesiger Größe 65 Millionen Tote, Opfer des Hitlerkrieges an der Front und daheim, stehen die sechs Millionen Juden, die in den Vernichtungslagern der Faschisten grausam gemordet worden sind, stehen die zehn Millionen Unglückliche, die in den Konzentrationslagern eingeliefert worden sind und von denen viele, auch Geistliche, gleichfalls einen furchtbaren Tod sterben mußten. Hinter dem Antikommunismus steht eine verwüstete Welt rauchender Trümmerstätten, zerstörten Glücks.

Wie könnte das in einer kleinen Broschüre behandelt werden! Was hier skizziert werden soll, ist der Antikommunismus als ein Instrument der Irreführung, als ein Instrument der Kriegsvorbereitung; denn als das wird der Antikommunismus heute in der Bundesrepublik und in den Vereinigten Staaten gehandhabt.

Wer sich dem Antikommunismus hingibt, leistet dem Faschismus Vorschub, der Wiederholung eines Geschehens, das in den Jahren zwischen 1933 und 1945 die Welt in wachsendem Maße mit Entsetzen erfüllt hat. Denn: „Der Antibolschewismus ist nur eine andere Form des Faschismus; Antibolschewismus und Faschismus, das sind zwei verschiedene Namen für ein und dieselbe Sache“, wie es Otto Nuschke in seiner Rede vor dem Deutschen Nationalkongreß am 25. August 1950 dargelegt hat.

Der Antikominternpakt – eine Warnung vor Wiederholungen

Eines der wichtigsten Instrumente in der Vorbereitung des Hitlerkriegs bildete der Antikominternpakt, außerordentlich lehrreich auch für unsere Gegenwart. Mit diesem Pakt, am 25. November 1936 zwischen dem faschistischen Deutschland und Japan abgeschlossen und am 6. November 1937 durch den Beitritt Mussolinis erweitert, begannen die Aggressoren die Vorbereitung des zweiten Weltkriegs.

Angeblich war der Pakt gegen den internationalen Kommunismus gerichtet, gegen die Kommunistische Internationale, die, 1919 gegründet, bis 1943 bestanden hat als ein Instrument der Abwehr. Eine Weltanschauung, den angelsächsischen und französischen Imperialisten ebenso verhaßt wie den deutschen, japanischen und italienischen Faschisten, sollte in ihrer weiteren Entwicklung gehemmt werden.

In Wirklichkeit aber war der Antikominternpakt ein Instrument der Aggression, keine Kampfansage an eine Ideologie, sondern ein Griff nach dem Territorium der Sowjetunion und anderer Länder, den Besitzstand der westlichen Bourgeoisie eingeschlossen. Mit dem Antikominternpakt und den damit verbundenen Geheimabkommen konzentrierten und koordinierten Deutschland, Japan und Italien ihre Kräfte auf weltweite Eroberungsziele. So wollte Hitler die Sowjetunion aus Europa verdrängen und russisches Land in deutschen Besitz bringen. Japan wiederum, das bereits 1931 erobernd in die Mandchurei eingefallen war, wollte chinesisches Gebiet annektieren. Und ebenso gedachte Mussolini den mit dem Einbruch in Abessinien begonnenen Weg fortzusetzen.

Im Hinblick auf diese Entwicklung schrieb Nehru in seinen „Weltgeschichtlichen Betrachtungen“:

„Krieg und brutale Gewalt werden glorifiziert, und es glorifiziert eine Lügenpropaganda von noch nie dagewesenem Ausmaß. Unter dem Deckmantel antikommunistischer Losungen werden imperialistische Ziele verfolgt, obgleich der internationale Kommunismus nirgendwo aggressiv ist und seit vielen Jahren für Weltfrieden und Demokratie eintritt.“

Der Gedanke, sowjetisches Land zu rauben, gehört zu den frühesten, die Hitler entwickelt hat. Davon träumte er schon in der Festung Landsberg, und daran dachte er noch, als die Reichskanzlei im Feuer der sowjetischen Artillerie lag und die Pistole geladen war, mit der er seinem Leben ein Ende machen wollte. Deutschlands „Aufgabe“ war und blieb ihm, „Raum im Osten“ zu gewinnen. Und der gleiche Gedanke ist heute in der Mannschaft Konrad Adenauers überaus lebendig, weil auch ihr politische Konstruktionskraft nicht eigen ist.

„Jetzt muß Rußland begreifen, daß es Deutschland und Japan Auge in Auge gegenübersteht“, deutete der damalige japanische Außenminister Arita den Antikominternpakt bei der Einbringung in den Geheimen Rat. Im Einklang damit steht der Kommentar, den Hitlers Außenminister von Ribbentrop noch am Tage der Unterzeichnung abgegeben hat. „Japan“, so hieß es darin, „wird im Fernen Osten eine Ausbreitung des Bolschewismus niemals zulassen. Deutschland ist im Begriff, in Mitteleuropa ein Bollwerk gegen die bolschewistische Pest zu errichten. Und im Süden schließlich wird Italien (vor dem Antikominternpakt mit dem faschistischen Deutschland bereits durch die Achse Berlin–Rom verbunden), wie der Duce die Welt hat wissen lassen, das antibolschewistische Banner hissen.“

Die defensive Einkleidung dieser Politik hatte lediglich den Zweck, die Sympathien des Westens zu erwecken, die Imperialisten in Washington, London und Paris in Sicherheit zu wiegen, um so ungestört die Aggression auch gegen ihren eigenen Besitzstand einzuleiten. Während in den Kolonien und den halbkolonialen Ländern sich die nationalen Kräfte bereits für den Befreiungskampf rüsteten, dachten Deutschland, Japan und Italien noch die Gedanken des vergangenen Jahrhunderts, bemüht, durch eine Neuaufteilung der Welt sich ein neues Kolonialreich dort zu errichten, wo der Boden sich bereits in Erschütterung befand.

Trotz der Gefahren, die ihnen selbst drohten, leisteten die Westmächte der Politik des Antikominternpaktes noch Vorschub, erfreut darüber, wie Hitler es erwartet hatte, daß es die Sowjetunion war, der die Agitation und die Kriegsvorbereitung galten. So rechnete es z. B. der britische Außenminister Lord Halifax im November 1937 nach einem Besuch in Berlin dem faschistischen Deutschland hoch an, „daß der Führer nicht nur in Deutschland selbst Großes geleistet hat, sondern daß er auch durch die Vernichtung des Kommunismus im eigenen Land diesem den Weg nach Westeuropa versperrt hat und daß daher mit Recht Deutschland als Bollwerk des Westens gegen den Bolschewismus angesehen werden kann“.

Tiefes Verständnis für das „moralische“ Recht der Aggressoren und die Logik ihrer Politik bekundete des weiteren der Präsident der Vereinigten Staaten, Herbert Hoover, indem er den Japanern Argumente für die Rechtfertigung ihrer aggressiven Aktionen geradezu zuspilte. Hoover erklärte: „... wenn die Japaner uns direkt zu verstehen geben: Unsere Existenz wird bedroht, wenn wir außer unserer Nachbarschaft mit dem bolschewistischen Rußland im Norden auch noch in der Flanke ein womöglich bolschewistisches China haben – deshalb gebt uns die Möglichkeit, die Ord-

nung in China wiederherzustellen: Wenn sie uns das geradeheraus erklärten, könnten wir demgegenüber keine Einwendungen machen.“

Ein altes Sprichwort besagt: Wer mit dem Teufel frühstücken will, muß einen langen Löffel haben. Diesen langen Löffel hatten die westlichen Imperialisten in jenen Jahren, in denen sie der Politik des Antikominterpakts Vorschub leisteten, offensichtlich nicht in der Hand. So geriet ihr eigenes Haus in Brand, als Hitler die Kriegsflagge in die Welt schleuderte. Ihre Nachfahren sind heute nicht besser daran, denn auch sie stehen dem Kommunismus und der Wirklichkeit blind gegenüber.

III.

Warntafeln für die Bundesrepublik

Geschichte zu lesen ist gut, besser jedoch ist es mitzuhelfen, Geschichte zu machen. (Nehru)

Eine unrühmliche 2000jährige Vorgeschichte

In seinem biographischen Werk „Aus meinem Leben und Denken“ weist Albert Schweitzer darauf hin, daß er in seinen Vorarbeiten für die Lösung eines Problems sich jedesmal die Mühe gemacht habe, auch noch die Geschichte des Problems zu schreiben. Das sei zwar ein beschwerlicher Seitenpfad gewesen, habe aber doch das Verständnis des Problems in seiner Gesamtheit erleichtert.

So könnte ein Ausflug in die Geschichte des Antikommunismus, deren Verlauf im ganzen vorstehend skizziert worden ist, die Klarheit über das Wesen des Antikommunismus, seine Gefährlichkeit für unsere Gegenwart und die damit verbundene menschliche Entwürdigung und politische Kurzsichtigkeit nur noch verstärken – zumal, wenn man bedenkt, daß zur Geschichte des Antikommunismus auch noch eine unrühmliche Vorgeschichte gehört.

Diese Vorgeschichte aber ist dazu angetan, insbesondere in christlichen Menschen das Gewissen wachzurütteln und den Widerstandswillen gegen die Fortsetzung einer solchen „Tradition“ zu erwecken.

Wie die kapitalistische Welt nicht erst heute, sondern von Anfang an, und zwar bereits, wie gezeigt, im Echo auf die Verkündung des Kommunistischen Manifests, geglaubt hat, sich Kommunisten gegenüber alles erlauben zu können, wie sie in den Kommunisten die Bahnbrecher des Neuen, des Fortschritts, der höheren Ordnung mit allen Mitteln fanatisch bekämpft hat, so sind im Mittelalter Hexen und Ketzer – erstere durchweg Hirngespinnste einer erkrankten Phantasie – bekämpft worden, und vor ihnen, seit das alte Rom ihre Individualität negiert hat (Hegel), die Juden.

Über den unmenschlichen Grausamkeiten des „Dritten Reiches“ sollte man daher nicht ganz vergessen, daß z. B. in der Zeit vom 11. bis zum 15. Jahrhundert in Deutschland (worauf das kürzlich im Verlag Rütten & Loening erschienene Buch „Faschismus, Getto, Massenmord“ hinweist) ununterbrochene blutige Verfolgungen der Juden stattgefunden haben.

Noch vor den Juden, Hexen und Ketzern aber waren die Christen selbst, als sie die Lehre Jesu, die immerhin eine revolutionäre Glaubensbotschaft beinhaltete, in die Welt tru-

gen, die Opfer einer grausamen Willkür. „Man beschuldigte die Christen, sie ermordeten kleine Kinder und verwendeten deren Blut beim Abendmahl. Man erzählte von ihnen, daß sie während ihrer Andachten in bestimmten Augenblicken die Leuchter auslöschten und daß damit das Signal zu allgemeinen Ausschweifungen gegeben werde. Es wurden Gerüchte verbreitet, daß der Abfall der Christen von den Göttern und ihre geheime Zauberei Unglück über die Menschen brächte (Pest, Dürre u. a.)“ (N. A. Maschkin, Römische Geschichte.)

So wurden die Christen reihenweise einem Wahn und einer fortschrittsfeindlichen Politik geschlachtet, in der Arena wilden Tieren vorgeworfen oder zur allgemeinen Belustigung in den kaiserlichen Lustgärten in Rom mit Pech übergossen, als lebende Fackeln verbrannt. Und so konnte der Schüler des ersten lateinisch schreibenden christlichen Schriftstellers Tertullius, Thascius Caecilius Cyprianus (zwischen 248 und 258 Bischof von Karthago), voller Betrübnis feststellen, daß man für den geschundenen Menschenleib des Christen mehr Marterwerkzeuge bereit habe, „als es Glieder sind“ (Donatusbrief).

Ebenso phantastisch wie die „Anklagen“ in dieser unheimlichen 2000jährigen Geschichte menschlicher Wahngelüste sind heute die, die gegen den Kommunismus erhoben werden!

Den bereits im ersten Teil dieser Schrift enthaltenen Beispielen sei nur noch eines hinzugefügt. Es war ein deutscher Wissenschaftler, der, als Lenin daranging, dem Analphabetentum in Rußland ein Ende zu machen, darüber spottete und die Meinung vertrat, wenn Lenin in das russische Dorf die Bibel bringe und jedermann Lesen und Schreiben beibringen wolle, dann gleiche er damit dem Zaren Peter dem Großen, wie er „eigenhändig seinen Altrussen die Waldbärte schor“. In Wirklichkeit aber sei der Bolschewismus „kulturfeindlich“, geradezu mit Bedauern darüber erfüllt, daß er den Menschen noch nicht durch einen „vollkommenen Automaten“ ersetzen könne, denn – Lenin habe den Menschen die „feinst konstruierte Maschine“ genannt.

So wurden die Vorkämpfer des Oktober, der größten politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Revolution in der Geschichte der Menschheit, der größten Befreiungsbewegung der Weltgeschichte, in einem absurden Geschichtsbild den Völkern vor Augen gestellt. Einer dieser Autoren verstieg sich sogar dazu, im Zusammenhang damit zu behaupten, sie wollten „das menschliche Individuum nicht durch die Arbeit sittlich befreien, sondern es in die mechanische Tretmühle eines ungeheuren geist- und seelenlosen Gemeinschaftsautomaten sperren, um es zu einem willen- und rechtlosen Sklaven, zu einem leblosen Zahnradchen in einer selbst wieder durchaus toten und zwecklosen Staatsmaschinerie zu machen“.

Wie trefflich hat sich an diesen Prophezeiungen die Wahrheit des Evangeliums erwiesen, „daß keine Wahrheit aus der Lüge kommt“ (1. Joh. 2, 21). Daran sollten wir uns erinnern, wo immer wir heute auf den Antikommunismus stoßen, daß wir in ihm der Lüge gegenüberstehen, die, wo sie sich der Köpfe der Menschen bemächtigte, sie stets auch pervertierte.

Ideologie der Menschenfeindlichkeit

Als der sowjetische Außenminister A. A. Gromyko auf dem XXII. Parteitag die Feststellung traf: „Dieselben Losungen, die seinerzeit aus dem Reichstag und der Reichskanzlei ertönten, kommen heute aus Bonn mit dem Ziel der Revanche und dem neuen Marsch nach dem Osten“ und dem hinzufügte: „Bonn hat anscheinend vergessen, was Hitler lernen mußte“, da führte er damit dem deutschen Volk in seiner Gesamtheit die Gefahren vor Augen, die für unser nationales Schicksal im Antikommunismus stecken. Denn: was Hitler hat lernen müssen, das würde auch der Bundesrepublik nicht erspart bleiben, wenn sie, in der Verstockung beharrend, die Politik der Remilitarisierung und des Revanchismus bis zum letzten Risiko entwickeln würde.

Näher auf diesen Komplex ist der Abteilungsleiter im Zentralkomitee der KPdSU B. N. Ponomarjow eingegangen. Er hat noch einmal das Wesen des Antikommunismus in der heutigen historischen Epoche skizziert, zugleich aber hervorgehoben, daß der friedliebenden und verständigungs-bereiten Menschheit mit dem dritten Parteiprogramm der KPdSU die Waffe in die Hand gegeben ist, die das Lügengewebe des Antikommunismus zerreißt. B. N. Ponomarjow führte dabei aus:

„Gegenwärtig konzentriert sich alles das, was am reaktionärsten, was antisowjetisch und antidemokratisch ist, im Antikommunismus. Das ganze Gebäude der heutigen bürgerlichen Propaganda und Politik, insbesondere in der Sphäre der internationalen Beziehungen, basiert auf dem Antikommunismus. Die Spitze des Antikommunismus ist gegen die UdSSR und das ganze sozialistische Lager, gegen die nationale Befreiungsbewegung und gegen das revolutionäre Proletariat und seine marxistisch-leninistische Vorhut gerichtet.“

Der Antikommunismus ist die Ideologie der Menschenfeindlichkeit und des Krieges, der Ausbeutung, Demütigung und Versklavung des Menschen, der Beseitigung der demokratischen Freiheiten. Der Antikommunismus durchdringt die Politik und die Tätigkeit der imperialistischen Mächte. Er wurde zum Hauptinstrument der aggressiven Gruppierungen – der NATO, SEATO und CENTO. Für den Kampf gegen die Ideen des Kommunismus wurden Tausende spezielle Organisationen geschaffen. Als Dirigent dieses mißtönenden Konzerts treten die reaktionären herrschenden Kreise der Ver-

einigten Staaten von Amerika auf. Mit ihnen zusammenge-spannt sind die noch einmal davongekommenen Hitlerfaschisten. Besondere Aufmerksamkeit richtet die internationale Reaktion darauf, den Armeen der imperialistischen Kriegsblocks den Geist des Antikommunismus einzupfeilschen. Das ist äußerst gefährlich. Man darf nicht vergessen, welche Grausamkeiten und Untaten seinerzeit die vom Antikommunismus und dem Haß gegen das Sowjetvolk und die anderen Völker durchdrungene Hitlerarmee in Europa verübte.

Der kategorische Kampf gegen den Antikommunismus, unter dessen Flagge die imperialistischen Kreise einen Weltkrieg vorbereiten, die Souveränität vieler Staaten mit Füßen treten, gegen die nationale Befreiungsbewegung kämpfen und alles Aufrichtige und Fortschrittliche verfolgen, ist eine der wichtigsten Aufgaben unserer Zeit.“

Wie nun das Vorkommen bestimmter Pflanzen Rückschlüsse auf die Zusammensetzung des Bodens zuläßt, in dem die Organismen wurzeln und aus dem sie ihre Nahrung ziehen, so läßt auch der Antikommunismus Rückschlüsse auf den Geist zu, der die Politiker und die Propagandisten des Antikommunismus beseelt.

Desorientierend wirkte der Antikommunismus schon immer, wie es bereits hervorgehoben worden ist. Heute würde der Antikommunismus, wo er Eingang in das Denken findet, die Kräfte lähmen, die in einer historischen Stunde in der Weltgeschichte berufen sind, den Krieg aus der Welt zu schaffen und die soziale Frage zu lösen, an der im vergangenen Jahrhundert alle Anstrengungen zuschanden geworden sind.

So können wir, wie es Prof. D. Emil Fuchs in der ihm eigenen warmherzigen Art in seiner Würdigung des XXII. Parteitags der KPdSU geschrieben hat („Neue Zeit“ Nr. 261/61 „Und darum alles für den Menschen“), „als Menschen und Christen nur aus tiefstem Herzen wünschen, daß der Wahnsinn des Machtwillens, der Kurzsichtigkeit und der angstvollen Befangenheiten der kapitalistischen Welt die Menschheit nicht hindert, diese großartigen Ziele (des dritten Parteiprogramms) in ihrer wahren Bedeutung zu erkennen“.

McCarthy, Antikommunismus in den USA

Einen Einblick in die mit der antikommunistischen Verhetzung verbundene Zerstörung der Erkenntnis- und Urteilskraft gab der britische Kronanwalt D. N. Pritt mit seiner Attacke gegen das Gericht, das im November 1959 in Düsseldorf gegen Anhänger der Friedensbewegung in Westdeutschland verhandelte. Und zwar durch den Hinweis auf die Erfahrungen, die die Bevölkerung der Vereinigten Staaten unter dem Willkürregiment McCarthys (1909–1957), des Senators aus Wisconsin, gemacht hat.

Nach mehrjähriger Tätigkeit als Richter hatte sich McCarthy, 1947 als Mitglied der Republikanischen Partei in den Senat gewählt, in der sowjetfeindlichen Atmosphäre in den Vereinigten Staaten zu einem modernen „Hexenjäger“ entwickelt. Obwohl persönlich als Lügner, Betrüger und Säuer übel beleumdet, konnte McCarthy zwischen 1950 und 1955 als Vorsitzender des Senatsausschusses zur Untersuchung unamerikanischer Umtriebe jedermann, den er des Kommunismus oder der Anfälligkeit gegenüber kommunistischen Ideen verdächtigte, um seinen Ruf bringen und ihm seine wirtschaftliche Existenz ruinieren.

Zu Tausenden zitierte McCarthy Regierungsbeamte, Wissenschaftler, Schriftsteller und Schauspieler vor die Schranken seines Gerichts, „Blitze in der Hand“. Viele im Lande wurden nervös und schlossen furchtsam die Augen vor der Wirklichkeit. Jeder, der Ansichten äußerte, die denen seines Nachbarn widersprachen, lief Gefahr, als Kommunist geächtet zu werden. „Und im amerikanischen Leben ist so mancher kühne und schöpferische Gedanke von der Furcht zunichte gemacht worden“, schrieb später Allen in seinem Buch „Die große Wandlung“ im Rückblick auf diese Zeit.

Möglich aber war dieser Terror nur deshalb, weil die Politik der Vereinigten Staaten nach dem Ende Hitlers mit ihren Kriegs- und Einkreisungsplänen gegen die Sowjetunion auch die antikommunistische Propaganda Hitlers übernommen hatte.

Die Glanzzeit des McCarthyismus fällt in jene Jahre, in denen Harry Truman, 1945 als Nachfolger des verstorbenen Präsidenten Franklin Delano Roosevelt (1882–1945) in das Weiße Haus gelangt, den durch den Abwurf der ersten Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki (6. und 9. August 1945) — einer militärisch sinnlosen Aktion — mit einem höllischen Feuerwerk entfachten kalten Krieg mit der Einkreisung der Sowjetunion und der Vorbereitung des dritten Weltkriegs gegen den Sozialismus fortsetzen wollte.

1948 hatte Trumans Außenminister, General Marshall, mit dem nach ihm benannten Plan die Überfremdung der Industrie der kapitalistischen Staaten Europas eingeleitet und die notwendigen Mittel für den Wiederaufbau der westdeutschen Rüstungsindustrie bereitgestellt.

Am 4. April 1949 hatten die Vereinigten Staaten mit Großbritannien, Frankreich, Kanada, Italien, den Beneluxländern, Dänemark, Island und Portugal den unheilvollen Nordatlantikpakt abgeschlossen, der, 1951 durch die Eingliederung der Türkei und Griechenlands erweitert, mit dem Beitritt der Bundesrepublik im Jahre 1955 zu einer Barriere auf dem Weg in die nationale Wiedervereinigung Deutschlands geworden ist.

Am 25. Juni 1950 schließlich hatten die Vereinigten Staaten den Versuch unternommen, durch die inzwischen auch in den westlichen Ländern als volksfeindlich und korrupt erkannte Clique um Li Syng Man die Koreanische Volksdemokratische Republik durch bewaffnete Gewalt zu vernichten, um danach die Aggression gegen die Volksrepublik China zu eröffnen.

In jenen Jahren erhielt ein Pfarrer Crown in einem Winkel in Illinois auf die Frage nach der todwürdigsten Sünde die Antwort, das sei – der Kommunismus.

So sind McCarthy, Truman – der noch heute den Mord von Hiroshima und Nagasaki als militärisch gerechtfertigt ansieht, unbekümmert um die furchtbaren Folgen dieser Tat –, die NATO und der Marshallplan allesamt Bestandteile des Antikommunismus.

Unter Hinweis auf diese Entwicklung in den Vereinigten Staaten wandte sich D. N. Pritt in Düsseldorf gegen den Versuch des Gerichtshofs, „Tatsachen“, die von der Verteidigung mit guten Gründen bestritten wurden, als „offenkundig richtig“ der Beweisführung zu entziehen. In dieser Auseinandersetzung mit dem Düsseldorfer Gerichtshof führte Kronanwalt D. N. Pritt aus:

„Ich möchte zwei Punkte erwähnen: erstens, daß in einer Sache, wo viele Menschen – einschließlich Richter und Staatsanwälte – die große Gefahr laufen, von ihren Vorurteilen geführt oder gar verführt zu werden, eine eingehende Prüfung aller Tatsachen (besonders politischer Tatsachen) mehr als je nötig wird; und zweitens, daß alle Offenkundigkeitskonzepte im Felde politischer Gegensätze nicht nur unzulässig, sondern auch höchst gefährlich sind...“

Ich möchte dazu einige Beispiele zitieren: Ich habe bemerkt, daß die antisowjetische Propaganda in den Vereinigten Staaten so lange und so tief wirkte, daß die ersten Berichte von dem Erfolg der sowjetischen Wissenschaft mit den Sputniks die amerikanische Öffentlichkeit so überraschte, daß sie beinahe hysterisch wurde. Sie hatte sich allmählich einreden lassen, „die Russen seien nichts anderes als eine Masse barbarischer und völlig ungebildeter Bauern und Halbwilder“. Zweitens: Da wird die überzeugte Katholikin Frau Christa Thomas plötzlich in einer Konferenz verdächtig, weil sie eine ‚kommunistische Taube‘ als Anstecknadel trägt. Aber es scheint in der Tat, daß nicht alle Tauben Marxisten sind! Diese Taube ist nämlich Frau Christa Thomas von dem Heiligen Vater in Rom übergeben worden.

Das nächste Beispiel trifft die Schuldfrage im Koreakrieg. Wer hat den Krieg begonnen? Die Nordkoreaner mit Inspiration und Hilfe der UdSSR? Oder umgekehrt, die Südkoreaner mit Inspiration und Hilfe der Vereinigten Staaten?

Die westliche Propaganda hat ihren Lesern und Hörern eingeredet, das erstere sei die Wahrheit. Und seit 1950 hängt sehr vieles in der politischen Argumentation, der antikommunistischen Hexenjagd und der internationalen Politik überhaupt von dieser Auffassung ab. Und das genaue Gegenteil wäre doch ganz leicht an Hand amerikanischer und südkoreanischer Zeitungen und Bücher und an Hand von Aussagen amerikanischer und südkoreanischer Politiker zu beweisen, das heißt, daß der Krieg von der südkoreanischen Regierung mit direkter Hilfe und auf Anregung der USA begonnen wurde. Ich erinnere mich an einen Zwischenfall, als der südkoreanische Botschafter in den Vereinigten Staaten in einer Radiodiskussion in New York ausdrücklich sagte: ‚Eben darum haben wir den Krieg begonnen‘ (That's why we started the war)...“

Damit sind die Entstellung der Wahrheit und die Volksverdummung als Früchte der antikommunistischen Propaganda und Politik mit erfreulicher Klarheit charakterisiert.

Gerade in den letzten Monaten erreichte die antikommunistische Kampagne in den Vereinigten Staaten einen neuen Höhepunkt. Mit fünf gegen vier Stimmen erklärte am 5. Juni 1961 das Oberste Gericht der USA die Mitgliedschaftsklausel des Smith-Gesetzes von 1940 und die Registrierungsklausel des McCarran-Gesetzes von 1950 für rechtskräftig. Damit hat das Oberste Gericht der Vereinigten Staaten, in dieser Hinsicht völlig übereinstimmend mit Hitler, die Kommunistische Partei als „Werkzeug und Agenten einer ausländischen Macht“ diffamiert und sie außerhalb des Gesetzes gestellt.

Ausgehend davon, daß Kommunisten alles zuzutrauen sei: Verschwörung, Spionage, Sabotage, Terrorismus und ähnliches dieser Art, wird die Kommunistische Partei als illegal erklärt und verpflichtet, ihre Mitgliederlisten dem Justizministerium, das, wie bekannt, von einem Bruder Kennedys geleitet wird, vorzulegen, d. h. zu denunzieren. Weiter hat die Kommunistische Partei einen Nachweis über die Höhe und die Herkunft ihres Vermögens zu führen und jede Broschüre, die sie verbreitet, deutlich sichtbar als kommunistische Propaganda zu kennzeichnen. Aber auch die Mitglieder selbst sind verpflichtet, sich zu melden. Verstöße gegen diese Registrierung sollen mit fünf Jahren Gefängnis sowie der monströsen Strafe von 10 000 Dollar für jeden Tag der nicht erfolgten Registrierung geahndet werden. Tritt jemand auf, der „aktive“ Kommunisten namhaft macht und ihnen die Absicht unterstellt, einen gewaltsamen Umsturz der Regierung zu planen, folgt der Denunziation die Strafverfolgung auf dem Fuß. Im übrigen sollen den Kommunisten auch die Auslandspässe entzogen und ihnen gegenüber die Bestimmungen des Postgeheimnisses außer Kraft gesetzt werden.

„Die Gnadenzeit für die Kommunistische Partei ist zu Ende!“ so kommentierte Justizminister Robert Kennedy das Verfahren vor dem Obersten Gericht. Aber hier geht es nicht um Gnade und Recht, sondern um einen brutalen Willkürakt, um die völlige Entrechtung einer politischen Partei, die immerhin bereits seit dem Jahre 1919 in den Vereinigten Staaten existiert. Die Entscheidung des Obersten Gerichts, die weithin in der Welt Empörung und Protestaktionen hervorgerufen hat, ist eine Entscheidung gegen das Recht, gegen die Vernunft und die persönliche Freiheit. Die Entscheidung des Obersten Gerichts der USA atmet den Geist des kalten Krieges und des Hexenrichters McCarthy. Mit den gleichen „Gründen“ hat Hitler mit Tod und Terror zunächst gegen die Kommunisten gewütet und diese Praxis dann auf alle übertragen, die er gehaßt hat: die Juden, die Sozialdemokraten, die Gewerkschaften, die bürgerlichen Demokraten und nicht zum wenigsten auch die Geistlichen beider christlicher Konfessionen.

Mit dem Verbot der KPD beginnt es

Während des McCarthy-Terrors registrierte die westdeutsche Presse mit Genugtuung die Maßnahmen der Bundesregierung und der Landesregierungen, von denen sie annahm, daß damit die Methoden McCarthys auf die Bundesrepublik übertragen wurden. Nur brauchte die Regierung Konrad Adenauers nicht erst bei McCarthy in die Schule zu gehen. Ihr lag eine andere Methode näher: der Antikommunismus Hitlers.

Gewiß, Hitler war gescheitert. An der Front der Antihitler-Koalition, an dem heldenhaften Widerstand der Sowjetunion, an der völligen Verknennung des Kräfteverhältnisses in der Welt.

„Der deutsche Imperialismus erlitt erstens und vor allem deshalb zwei katastrophale militärische Niederlagen, weil er die reaktionärsten, überlebtesten gesellschaftlichen Kräfte verkörperte, weil seine Kriegsziele die rüberlichsten von allen waren, weil er den ungerechtesten Krieg führte und weil er es war, der als Hauptstoßkraft des Weltimperialismus gegen die Sowjetmacht handelte.

Der deutsche Imperialismus mußte zweitens auch deshalb gesetzmäßig unterliegen, weil er die menschenfeindlichsten Ziele verfolgte, weil er ganze Völker mit der Versklavung und Ausrottung bedrohte und dem eigenen Volke unermessliche Leiden aufbürdete.

Drittens wurde der deutsche Imperialismus deshalb zweimal geschlagen, weil seine Kriegsziele nicht dem realen Kräfteverhältnis entsprachen, weil sich der Widerspruch zwischen seinen Weltherrschaftsplänen und seinen politisch-

moralischen, ökonomischen und militärischen Möglichkeiten von Krieg zu Krieg verschärfte und weil er diesen antagonistischen Widerspruch niemals zu lösen imstande ist.“

(Walter Ulbricht, Die Unvermeidlichkeit der Niederlagen des deutschen Imperialismus in zwei Weltkriegen und die Lehren daraus, „Einheit“ 3/1959)

Diese Gesetzmäßigkeit der Niederlage aber wird heute von der westdeutschen Geschichtsschreibung und den Historikern der USA leidenschaftlich bestritten. Weil Hitlers Ziele, die Vernichtung der Sowjetunion, die Ausrottung des Kommunismus, dem kapitalistischen Westen weiter vor Augen stehen, wird der Ausgang des zweiten Weltkriegs auf persönliche Fehler und Unzulänglichkeiten Hitlers zurückgeführt. „Bessere“ Verbündete, „genialere“ Staatsmänner und Generäle – und der Sieg ist gewiß!

Wer dünkt hier nicht an jenen Ausspruch eines von den Faschisten so sehr strapazierten deutschen Philosophen: „Wie gut klingen schlechte Musik und schlechte Gründe, wenn man auf einen Feind losmarschiert!“

Dieser Feind aber, der ausgerottet werden muß, ist für Konrad Adenauer die gleiche Macht, die Hitler mit seinem Haß verfolgt hat. Und so stimmen beide in ihren Haßausbrüchen geradezu wörtlich überein.

Hitler erklärte auf dem Nürnberger Parteitag im September 1936:

„Jener Weltanschauung, dem Bolschewismus, stehen wir allerdings ohne Einschränkung todschuldig gegenüber.“

(„Deutsche Allgemeine Zeitung“, 15. Sept. 1936)

Konrad Adenauer aber ließ sich genau zwei Jahrzehnte später wie folgt vernehmen:

„... daher stehen wir dieser Welt, die im Grunde genommen unser Todfeind ist, mit der größten Wachsamkeit gegenüber.“

(„Industrie-Kurier“, 20. Mai 1956)

In der Tat: die schrillen Töne, die wir heute aus der Bundesrepublik vernehmen, sind die alten, die einst die Krolloper durchgellten, in die der Reichstag umquartiert war.

Und so üben die neuen Institutionen der Bundesrepublik eine starke Anziehungskraft auf die Angehörigen der nazistischen Institutionen aus, Hitlers Richter kehrten in die bundesdeutsche Justiz zurück, die braunen Generäle in die Bundeswehr und in die NATO-Kommandos und die Mitarbeiter Ribbentrops in das Auswärtige Amt in Bonn. 138 von insgesamt 383 Angehörigen des Auswärtigen Amtes, so gestand Konrad Adenauer am 16. Oktober 1951 dem Bundestag, hätten bereits unter Ribbentrop Dienst getan. Inzwischen hat sich diese Entwicklung fortgesetzt. Gefördert dadurch, daß die Rückkehrer sich auf eine doppelte Empfehlung berufen können, als erprobte und unbelehrbare

Antikommunisten und als Anhänger einer deutschen Westorientierung.

Einen dokumentarischen Niederschlag fand dieser Tatbestand in dem Buch Adolf Heusingers „Befehl im Widerstreit“, in dem geltend gemacht wird, daß die bekanntesten Generäle Hitlers schon immer für ein Bündnis mit dem Westen eingetreten sind, Hitlers Angriffspläne gegen die kapitalistischen Länder verurteilt haben und selbst noch während des Krieges um einen Separatfrieden mit den Vereinigten Staaten und Großbritannien bemüht gewesen sind.

So hat die Bundesrepublik auf den Krücken geschlagener Generäle noch einmal den Weg Hitlers beschritten. Gewiß, regelrechte KZ-Lager zur Unterdrückung und Ausrottung der Opposition existieren einstweilen noch nicht. Auch fehlt noch das exakte Datum in einem neuen Barbarossaplan. In der Gewaltanwendung gegen die Opposition aber hat man bereits Erstaunliches vollbracht.

Wie Hitler begann auch Konrad Adenauer den Kampf gegen die Opposition, d.h. gegen die Gegner des Krieges, mit dem Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands. Hitler verbot die KPD sehr bald nach dem Antritt seiner Herrschaft, im März 1933; Konrad Adenauer brauchte dazu infolge der zuvor notwendigen Abwendung der Westmächte von den Potsdamer Vereinbarungen etwas länger, aber im September 1956 hatte er es auch geschafft.

Von diesem Verbot sagte Gerald Götting auf der Magdeburger Tagung des Nationalrats mit Angehörigen der christlichen Bevölkerung am 27. Oktober 1958 (zitiert nach dem Buch „Der Christ sagt Ja zum Sozialismus“):

„Das Verbot der Kommunistischen Partei im Westzonenstaat bedeutet zweierlei: Es bedeutet erstens die Ausschaltung dieser Partei und ihrer Anhänger aus dem politischen und geistigen Leben Westdeutschlands, wodurch ja überhaupt erst die letzten Konsequenzen der Verflechtung der Bundesrepublik mit der NATO Wirklichkeit werden konnten, und zweitens bedeutet dieses Verbot der KPD im Westzonenstaat, daß durch eine sogenannte christliche Partei die Bruderpartei der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in einem der beiden deutschen Staaten als vogelfrei erklärt worden ist. Was zieht die Bruderpartei der KPD, also die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, aus diesem Tatbestand für Schlußfolgerungen? Sie zieht die Schlußfolgerungen, daß der Mißbrauch des Christentums bekämpft werden muß, daß es aber nach wie vor, ja gerade erst recht eine Zusammenarbeit mit den ehrlichen und gutwilligen Christen sowohl in unserm Staat als auch in Westdeutschland geben muß.“

Diese doppelte Verpflichtung, der Kampf gegen den Mißbrauch des Christentums und die Entwicklung der Zusammenarbeit aller demokratischen Kräfte unter der Führung der Partei der Arbeiterklasse im Einsatz für den Frieden und den Aufbau des Sozialismus, ist weiterhin bestimmend geblieben für die Politik unserer CDU.

Denn das Christentum bedarf nicht der NATO und nicht der Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen, wie es in dem Gespräch des Vorsitzenden des Staatsrats, Walter Ulbricht, mit einer Delegation von Theologen, kirchlichen Amtsträgern und christlichen Bürgern am 9. Februar 1961 klar ausgesprochen worden ist, wohl aber einer Kirche und einer gläubigen Gemeinde, die sich zum Dienst am F r i e d e n und am B r u d e r bekennen.

So konnte Prof. D. Emil Fuchs in dieser Aussprache den Militärseelsorgevertrag, die institutionelle Verflechtung der evangelischen Kirchen in Westdeutschland mit der NATO, als eine „Selbsterstörung der Kirche“ bezeichnen und danach ausführen:

„Es ist ja unmöglich, daß unsere Kirche bestehen bleibt, wenn dauernd vom Boden der Kirche mit der Autorität der Kirche an den verschiedenen Punkten politische Meinungen vertreten werden — die bis zur Rechtfertigung der Atombombe reichen —, die dem Christentum ins Gesicht schlagen. Also, wir stehen auf Ihrer Seite nicht nur um des Staates willen, sondern auch um unserer Kirche willen. Wir wollen sie endlich dazu bringen, daß sie das Wort aus dem Evangelium sagt, wie ich es auch aus dem Evangelium anführe: Der Christ ist verpflichtet, seinen Bruder zu lieben. Wenn er den Bruder nicht liebt, den er sieht, dann kann er Gott nicht lieben, den er nicht sieht.“

Der Bruder ist der Mensch, den wir uns nicht aussuchen können, wie wir wollen, sondern er ist, wie Gott ihn geschaffen hat, wie er um uns lebt.“

Und dieser Bruder, wie er um uns lebt, hat heute mit dem Programm für den Aufbau des Kommunismus ein Werk in Angriff genommen, in dem für den Krieg kein Platz mehr ist, das auch uns neue Möglichkeiten für einen christlichen Beitrag zur Selbsterkenntnis und menschlichen Entfaltung ermöglicht. Der Platz des Christen ist heute dort, wo mit der materiellen Kraft der Produktion zugleich auch neue moralische Qualitäten entwickelt werden: der Geist der Solidarität, die Zusammenarbeit aller in Werken des Friedens und der menschlichen Wohlfahrt. Wo das erkannt wird, wird das Wissen darum, daß die gesellschaftlichen Voraussetzungen für die Verwirklichung der christlichen Gebote im Staat und in der Gesellschaft erst im Sozialismus gegeben sind, zu

einer belebenden Kraft, erfüllen uns Zuversicht und Optimismus, wird uns der Ausspruch Albert Schweitzers „Was seit 19 Jahrhunderten als Christentum in der Welt auftritt, ist erst ein Anfang vom Christentum, voller Schwächen und Irrungen, nicht volles Christentum aus dem Geiste Jesu“ zum Ansporn für eine neue Bewährung.

IV.

Unsere Kraft ist stärker

Wir sind sicher, daß es uns in gemeinsamer Arbeit gelingen wird, die Bonner Kriegspläne zu durchkreuzen und durch kraftvolle sozialistische Taten den Frieden in Deutschland unangreifbar zu machen.

(Aus der Entschließung der VII. Sitzung des Hauptvorstandes)

110 Millionen Soldaten standen sich im Hitlerkrieg lange und schwere Jahre hindurch in einem Kampf auf Leben und Tod gegenüber,

30 Millionen von ihnen kehrten nicht heim zu den Ihren, sondern fanden einen frühen Tod,

24 940 000 Nichtkombattanten fanden gleich ihnen, in der Heimat den Kriegsschrecken ausgesetzt, den Tod,

48 Staaten, mehr als 80 Prozent der Erdbevölkerung, wurden nach und nach in den Krieg Hitlers einbezogen,

10 Millionen Menschen, Männer, Frauen und Kinder, machten in den Konzentrationslagern des Faschismus ein entsetzliches Martyrium durch,

6 Millionen von den insgesamt 10 Millionen Juden in Europa wurden in den Vernichtungslagern geschäftsmäßig vergast,

blühende Städte und Dörfer versanken in Schutt und Asche und mit ihnen alte Kathedralen und kleine Dorfkirchen,

4 Trillionen Dollar sind so in der ersten Halbzeit unseres Jahrhunderts für Rüstungen und Kriege verpulvert worden, **der Kommunismus lebt trotzdem!**

Der Antikominternpakt verging in Rauch und Flammen. Sein Erbe, der Nordatlantikpakt, wiederum ein Instrument der Einkreisung der neuen sozialistischen Staatenwelt, darf nie Gelegenheit erhalten, das alte Rezept unter den neuen, ihm noch ungünstigeren Bedingungen auszuprobieren.

23 Staaten haben inzwischen mit der Bundesrepublik die Kommunistische Partei verboten,

der mächtigste Staat dieser Gruppe, die Vereinigten Staaten, haben mit dem Antikommunistengesetz vom August 1954 eine Registrierungspflicht für Kommunisten eingeführt, —

die Kommunisten sind trotzdem da, auch in der Bundesrepublik, als unerschrockene Vorkämpfer für den Frieden der Welt und eine gerechte Sozialordnung.

Was wäre noch erforderlich, um Napoleons späte Erkenntnis, die ihm, leider, erst auf St. Helena zuteil geworden ist, neu zu erwecken, daß nämlich Ideen mit dem Schwert nicht bekämpft werden können,

daß die neue sozialistisch-kommunistische Gesellschaftsordnung das Produkt einer gesetzmäßigen Entwicklung ist?

Nach seiner Zielsetzung eine Torheit und ein Verbrechen, ist der Antikommunismus zugleich ein Ausbruch selbstzerstörerischer Affekte.

Ziehen wir die Schlußfolgerungen.

Der Antikommunismus ist eines Deutschen unwürdig.

In Deutschland wurden die schlimmsten, die abscheulichsten Verbrechen gegen den Kommunismus verübt.

In Deutschland hat sich am drastischsten die Irrealität des antikommunistischen Kampfes in bewaffneter Form erwiesen.

In einer Notzeit des Vaterlandes und des Gewissens hat unser Volk durch sein Schweigen und seine Passivität vor allen anderen Völkern schwerste Schuld auf sich geladen.

Von Deutschland aus nahm der wissenschaftliche Sozialismus seinen Weg als eine weltverändernde Kraft. Ihn verleumden heißt daher die eigene Geschichte schmähen.

In einem Teil Deutschlands, in der Bundesrepublik, erhebt heute der Antikommunismus erneut das Haupt.

„Die Ziele der Bundesrepublik“, so verkündete der einst zum Tode verurteilte, heute längst „rehabilitierte“ ehemalige SS-General Meyer, „decken sich mit denen der Waffen-SS.“ Ihm gleich lassen sich die Traditionsverbände der SS als die ersten „Europäer“ feiern.

Und nicht nur die Ziele sind die gleichen, sondern man fühlt sich noch in der gleichen Operation engagiert.

„Der zweite Weltkrieg ist noch nicht zu Ende“, verkündete der westdeutsche Kriegsminister Franz Josef Strauß in einer Rede in Santa Rosa im sonnigen Kalifornien am 25. Juli 1961, wenige Tage vor dem 13. August, an dem die Deutsche Demokratische Republik durch ihre Schutzmaßnahmen den Frieden rettete.

Wie einst Hitler, so droht heute Franz Josef Strauß mit einer tausendfachen Vergeltung, mit einer nuklearen Explosion „als Echo auf den ersten Gewehrschuß“ – als wüßte er nicht, daß der erste Gewehrschuß ohnehin nur von seinesgleichen ausgehen könnte.

Und weil sich die Bundesrepublik noch heute in der gleichen Operation engagiert weiß, war es überhaupt erst

möglich, daß der jugoslawische Patriot Lazar Vracaric im Jahre 1961 beim Betreten westdeutschen Bodens auf Grund eines gegen ihn als Widerstandskämpfer ergangenen Haftbefehls des Nazireichs aus dem Jahre 1941 verhaftet werden konnte. Das war nicht einfach ein Mißgriff, sondern vielmehr ein weiterer Beweis dafür, daß sich in der Grundhaltung nichts geändert hat. So konnte denn auch Lazar Vracaric aus seiner Verhaftung die Schlußfolgerung ziehen: „Auf jeden Fall ist klar, daß die Verantwortlichen des westdeutschen Justizapparates, die mich verfolgen ließen, noch heute faschistisch orientiert sind.“

Durch den Antikommunismus der Bundesrepublik ist mit der Eingliederung Westdeutschlands in die NATO eine Barriere auf dem Weg in die nationale Wiedervereinigung errichtet und Westdeutschland in ein Protektorat der USA, ihr Glacis und ihr Rekrutierungsreservoir umgewandelt worden.

So hat der Antikommunismus die Bundesrepublik in die Verneinung deutscher Eigenstaatlichkeit geführt.

„Die Zugehörigkeit zur NATO ist die Grundlage unserer Außenpolitik“, erklärte Konrad Adenauer auf dem Kölner CDU-Parteitag – im Einklang mit dem am 11. Juli 1961 verabschiedeten Grundsatzprogramm der Adenauer-CDU, in dem es heißt, „daß deshalb Deutschland heute kein souveräner Staat mehr sein kann, der das Gesetz seiner eigenen Politik bestimmt, sei es gegen Osten und Westen, sei es neutral zwischen Osten und Westen, aber daß deutsche Politik heute eine Funktion der europäischen Politik ist“.

So ist der Antikommunismus eines Deutschen unwürdig, weil er den eigenen Staat negiert und Deutschland zu einem Instrument der imperialistischen Politik des Westens erniedrigt.

Der Antikommunismus ist eines Christen unwürdig.

Das Evangelium gebietet dem Christen, Friedensstifter zu sein und seinen Nächsten zu lieben. „In diesen zweien Geboten hanget das ganze Gesetz“ (Matth. 22, 40).

Der Antikommunismus jedoch stellt den Christen, wo er sich seiner bemächtigt, in eine Reihe mit den Hexenmeistern jeder Gewandung. So macht der Antikommunismus den Menschen untauglich zur Arbeit für den Frieden und den Dienst am Nächsten.

Der Sozialismus dagegen eröffnet dem Menschen ein breites Feld der Betätigung christlicher Tugenden über den Kreis der Familie hinaus. Bereits auf dem 8. Parteitag der CDU konnte Gerald Götting ausführen:

„Nächstenliebe braucht in der demokratischen Ordnung nicht mehr Beschwichtigung eines schlechten sozialen Gewissens zu sein, und sie ist auch nicht mehr nur ein sentimentaler Reflex auf soziale Ungerechtigkeit. Die Nächstenliebe kann in unserer demokratischen Ordnung mit allen individuellen und gesellschaftlichen Konsequenzen gelebt werden. Ähnlich ist es mit der Friedensliebe. Heute stehen persönliche Friedensliebe und Friedensgesinnung in Übereinstimmung mit den Zugkräften unserer gesellschaftlichen Ordnung. Denn es ist die Friedenspolitik unserer demokratischen Ordnung, das Streben nach friedlicher Lösung aller uns bewegenden Probleme, die als das wichtigste Element unserer Politik betrachtet werden müssen.“

Die Übereinstimmung zwischen der christlichen und der sozialistischen Ethik, die – ausgehend von ganz verschiedenen Grundsätzen: der Marxist von der Sorge um den Menschen, bemüht, seine „Selbstentfremdung“ zu beseitigen, der Christ von der Verantwortung gegenüber Gott – in der Verwirklichung ihrer Anliegen die gleichen Aufgaben zu bewältigen haben, hat denn auch in der Geschichte der CDU sehr oft ihren Niederschlag gefunden.

Wir erinnern hier abermals an die Begegnung der christlichen Delegation mit dem Vorsitzenden des Staatsrats, Walter Ulbricht, die eingeleitet wurde durch einen Brief von Prof. Fuchs, in dem es heißt:

„Die humanistische Ethik des Sozialismus will ebenso wie der christliche Glaube den Menschen aus seiner Gleichgültigkeit wecken und zur Verantwortung für seinen Nachbarn und das Ganze rufen.“

Im Verlaufe dieser Aussprache wies Pfarrer Oelze darauf hin, daß es zwei Worte in der Bibel gibt, die in der Politik des Kommunismus wörtlich wiederkehren, und bewertete sie als ein Symbol der Übereinstimmung der humanistischen Ziele:

„Das eine ist das Wort, das von Karl Marx an den Schluß des Kommunistischen Manifestes gestellt worden ist, das Wort aus dem 2. Thessalonicher-Brief: ‚Wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen‘... Das zweite Wort, an das ich erinnern möchte, auf der Nadel der sowjetischen Friedensbewegung ausdrücklich genannt: ‚Schmiedet die Schwerter zu Pflugscharen‘. Auch dieses eine Wort, das im Alten Testament wörtlich so steht beim Propheten Jesaja und beim Propheten Micha, ist ein prinzipieller Grundsatz, der eben den Krieg aus der Welt schaffen und die kriegerische Einstellung ersetzen will durch die positive Wertung der Arbeit.“

Der Antikommunismus ist eines Christen unwürdig, denn:

„Der Krieg ist kein Mittel mehr, dessen sich die Staaten gegeneinander bedienen dürfen, und schon gar kein Mittel,

zu dem der Christ noch sein Ja zu sagen hat“ (Superintendent Falk).

Durch den Antikommunismus wird der Christ bereits vor dem Krieg mit Kriegsschuld belastet, nimmt er vor allem Schaden an seiner Seele. Den Mächten des Nordatlantikkpaktes ist das Christentum, wie es der ehemalige Oberbefehlshaber Gruenther offen ausgesprochen hat, der moralische Kitt, der die Divisionen in einer amoralischen Aktion zusammenhalten soll.

Während sie vorgeben, um den Schutz des christlichen Abendlandes bemüht zu sein – davon ausgehend popularisieren amerikanische Historiker wie Beard die These, die moderne Welt sei vom Satan bedroht und müsse durch den Glauben gerettet werden –, bereiten sie in Wirklichkeit einen neuen Angriffskrieg gegen die sozialistischen Länder vor.

So macht der Antikommunismus den Christen zum Heuchler. Erschütternde Symptome dafür sind die blasphemischen Äußerungen jener Theologen, die, wie der Kieler Propst Asmussen, die Atombombe in eine „Zuchtrute Gottes“ oder, wie der Professor der Theologie in Erlangen, Künneht, in ein „Mittel der Nächstenliebe“ umdeuteln wollen.

Die Tatsache, daß unheilige Äußerungen dieser Art beliebig vermehrt werden könnten – so erachtete z. B. der Jesuitenpater Gundlach eine atomare Selbstvernichtung der Menschheit als eine mögliche „Manifestation des Guten“ –, zeigt, daß jeder Versuch, den westdeutschen NATO-Soldaten das Gewissen zu beruhigen, wie es auch der Militärseelsorgevertrag unternimmt, demoralisiert und in den Sumpf der Heuchelei führt.

Möge den Theologen, die hier so leichtfertig schuldig geworden sind, jenes Bibelwort warnend vor Augen treten, das da lautet: „Durch den Mund des Heuchlers wird sein Nächster verderbet“ (Spr. 11, 9).

Der Antikommunismus ist eines Realisten unwürdig.

Gipfelnd in einem unmöglichen Unterfangen, eine gesetzmäßig bedingte Fortentwicklung der politischen und sozialen Ordnung rückgängig zu machen, macht der Antikommunismus die Augen blind vor der Wirklichkeit und alle Anstrengungen unfruchtbar.

„Aber eine Gesellschaft, die in 40 Jahren feudale Rückständigkeit überwindet, die fortschrittlichste Gesellschaftsordnung aufbaut und verteidigt und der gesamten Menschheit ein neues Zeitalter – das planetarische Zeitalter – eröffnet, diese Gesellschaft ist unbesiegbar. Ihr gehören aber auch die Herzen und Hände von uns allen. Heute wissen wir: Sozialismus, das ist der Friede. Die auf dieser Gesellschaftsordnung

beruhende Politik der friedlichen Koexistenz ist zur erlösenden Idee unserer Zeit geworden.“

(Otto Nuschke zum 40. Jahrestag der Oktoberrevolution)

Die Aktionen, die aus dem Geist des Antikommunismus geboren sind, stehen uns abschreckend als eine Chronik verbrecherischer Anschläge und Attentate, als ein Gemisch von Lügen und Illusionen vor Augen. Sie sind samt und sonders gescheitert. Sowohl in jenen Jahren, in denen die Sowjetunion, in der einen Hand den Hammer des Aufbaus, in der anderen das Schwert der Abwehr gegen Söldner aus 14 Staaten, ihren Weg ging, als auch im Ansturm der Faschisten, die sich dabei einer Kriegsmaschine bedienten, wie sie die Welt bis dahin noch nicht gesehen hatte.

Weil der Antikommunismus das Bewußtsein trübt, fielen die Amerikaner aus allen Wolken, als die sowjetischen Sputniks über die Wolken hinaus in den Weltraum vorstießen, —

die westdeutsche Bevölkerung aber nach den Schutzmaßnahmen der Deutschen Demokratischen Republik am 13. August.

Mit Erschrecken begann man zu begreifen, daß man sich bisher in Illusionen und in Fiktionen bewegt hatte. Wie es unserer Nation nur zum Unheil gereichte, daß sie geistig und politisch vor Hitler kapitulierte, so erwies sich nunmehr, daß auch die Spekulationen unerfüllt bleiben mußten, die man damit verbunden hatte, daß man Konrad Adenauer das Denken und die Politik überließ.

Das politische Konzept der Bundesrepublik wurde unanwendbar, Makulatur, weil es *irreal* war. Die Politik der eingebildeten Stärke erwies sich als ein neuer Anfall jener Anmaßung und Überheblichkeit, mit der die Geschichte des deutschen Imperialismus, leider, so reich gesegnet ist.

Und auch die USA vermochten den Gang der Dinge nicht zu ändern, weil sie, wenn sie die legitimen Rechte der DDR mit Waffengewalt hätten brechen und eine konstruktive Friedenspolitik mit einem Krieg hätten beantworten wollen, die Völker und die zerstörende Kraft der Waffen zum Schutze des Friedens herausgefordert hätten.

So erwies sich ein weiteres Mal, daß der Antikommunismus das deutsche Volk nicht vorwärts führt, sondern nur lähmt und Niederlagen bringt.

Die Aufgabe einer realistischen deutschen Politik besteht nicht im verstockten Verharren in ehr- und aussichtslosen Operationen, sondern in der Wiederherstellung der nationalen Einheit, in der Lösung der deutschen Frage durch den Abschluß eines Friedensvertrages, verbunden mit der Umwandlung Westberlins in eine Freie Stadt.

Gefordert in dieser Stunde ist jedoch nicht nur die Bundesregierung, sondern auch das deutsche Volk selbst. An beiden muß sich erweisen, inwieweit Westdeutschland heute fähig und gewillt ist, sich vom Objekt einer fremden Politik in ein Subjekt deutscher Politik umzuwandeln.

Wohl ist die Deutsche Demokratische Republik auch den Patrioten in Westdeutschland Hort und Halt, — unter Stimmenthaltung eines Teiles Deutschlands ist jedoch die Lösung der deutschen Frage im Interesse der gesamten Nation nicht zu bewerkstelligen.

Wie dieser Tage das ZK der in Westdeutschland noch immer verbotenen KPD alle zur Aktivität in der deutschen Sache aufgefordert hat, dazu, die Bildung einer Regierung der Verhandlungen und der Verständigung in die Wege zu leiten, so hat auch unsere CDU ihre nationale Mahnung wiederholt auch nach Westdeutschland gerichtet.

„Heute ist klar“, so konnte Gerald Götting auf der VII. Tagung unseres Hauptvorstandes in Potsdam feststellen, „daß allein die Christlich-Demokratische Union der Deutschen Demokratischen Republik die Perspektive für die christlichen Menschen zu erarbeiten imstande war, weil sie an der Seite und unter Führung der Arbeiterklasse kämpft und den christlichen Menschen den Weg zu zeigen vermag, wie man die Probleme des 20. Jahrhunderts lösen und wie man angesichts der Bedrohung des Friedens handeln muß, um als guter Christ und als guter Deutscher bestehen zu können. Unsere Aufgabe wird darin bestehen, den ehrlichen christlichen Menschen in Westdeutschland, den Weg in die Zukunft zu zeigen.

So bewähren wir uns durch den Kampf gegen den Antikommunismus als Deutsche, als Christen und als Realisten, — nutzen wir die Chance, die uns nach verderblichen Weltkatastrophen noch einmal gegeben ist, um der Welt den Frieden zu bringen.

- *25 Prof. Dr. Rudolf Ričan; Josef L. Hromádka — Leben und Werk
- 26 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Afrika — Einige seiner Probleme
- 27 Duong-Van-Dam: Die Lage des Katholizismus in Vietnam
- 28 Prof. Dr. Kurt Wiesner: Albert Schweitzer zum 85. Geburtstag
- *29 Fritz Rick: Auf neue Art arbeiten, lernen und leben
- *30 Dr. Hans Wiedemann †: Aus meinen Reden
- *31 Gerhard Lange: Erziehung und Bildung der Jugend in den beiden deutschen Staaten
- *32 Dr. Gerhard Descyk: Der Friedensauftrag der Katholiken
- 33 Dr. Bohuslav Pospíšil: Die Prager Christliche Friedenskonferenz
- *34 Johannes Zukertort: Der deutsche Militarismus und die Legende vom Präventivkrieg Hitler-Deutschlands gegen die Sowjetunion
- *35/36 Luitpold Steidle: Das Nationalkomitee „Freies Deutschland“
- *37 Gerhard Krüger: Die Darstellung der wichtigsten Probleme des zweiten Weltkrieges in der reaktionären Geschichtsschreibung Westdeutschlands
- *38 Prof. Dr. Gerhard Reintanz, Heinz Büttner, Erwin Krubke: Friedensvertrag mit Deutschland
- *39 Gertrud Illing: Abrüstung — der Weg zum Weltfrieden — Wunsch und Wille der Menschheit
- *40 Wolfgang Heyl, Victor Thiel, Erwin Krubke, Rolf Börner: Es gibt keinen dritten Weg
- *41 Otto Nuschke — Sein Vermächtnis an die christlichen Demokraten
- *42 Rolf Börner: Der Christ und die sozialistische Moral
- *43 Prof. Dr. Gerhard Reintanz: Ostsee — Meer des Friedens
- *44 Prof. Dr. theol. Gerhard Kehnscherper: Max Plancks Forderung an Theologie und Kirche
- 45 Werner Meinecke: Die Verflechtung mit der Macht als aktuelle Bedrohung der Kirche
- *46 Dr. Heinrich Toeplitz: Recht und Justiz in beiden deutschen Staaten
- *47 Gerald Götting: Einig im Kampf gegen Kolonialismus und Imperialismus
- 48 Dr. Harald-Dietrich Kühne: Atomare Aufrüstung und Lebenslage
- *49 Prof. Dr. Jan Milič Lochman: Theologie und kalter Krieg
- 50 Carl Ordnung: Die Kirche vor der sozialen Frage
- *51 Dipl. oec. Erwin Krubke: Soziale Sicherheit ist nur im Sozialismus möglich

- *52 Aus der Arbeit des Gesamtstaatlichen Friedensausschusses der katholischen Geistlichkeit in der CSSR: Vom Glauben zum Bekenntnis
- 53 Alwin Schaper: Der Gottesfrieden — Rückblick und Ausschau
- 54 Prof. Dr. Amedeo Molnár: Johannes Hus, der Wahrheitsverteidiger
- *55 Carl Ordnung: Der Atheismus als Frage an die Christenheit
- 56 Gerald Götting: Afrika den Afrikanern! — Zur Freiheitsbewegung der afrikanischen Völker
- 57 Die Bewegung nationaler Christen in Indien (The Indian National Hindustani Church)
- 58 Hermann Kalb, Adolf Niggemeier, Karl-Heinz Puff: Weg und Ziel der Adenauer-CDU — Zu einigen Fragen ihrer antinationalen Politik
- 59 Siegfried Welz: Der algerische revolutionäre Befreiungskrieg
- 60 Gertrud Illing: Das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus im Bonner Staat und die Rolle der Adenauer-CDU
- 61 Hans Zillig: Der Christ in der sozialistischen Landwirtschaft
- 62/63 Alwin Schaper: Der nationale Gedanke und der Kampf für den Frieden
- 64/65 Rolf Börner: Die verräterische Politik der Führung der Adenauer-CDU im Spiegel ihrer Parteiprogramme (1945 bis 1961)
- 66 Gertrud Illing: Der deutsche Kolonialismus und der Neokolonialismus des Bonner Staates
- 67 Christen und Marxisten verbinden gemeinsame Ziele und Ideale — Das Gespräch des Vorsitzenden des Staatesrates, Walter Ulbricht, mit einer Delegation von Theologen, kirchlichen Amtsträgern und christlichen Bürgern am 9. Februar 1961

Die mit * gekennzeichneten Titel sind bei der Partelleitung vergriffen.

Verkaufspreis 0,50 DM

Doppelheft 1,— DM